Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118. Donnerstag, den 23. Mai 1918. 25. Jahrg.

Autoritäre Weltpolitik.

Von Eduard David, M. d. R.

Die äußere Politik war vor dem Kriege die angestammte Domäne einer autokratischen Herrenschicht. Im Kriege ist das nicht wesentlich anders geworden. Trotz der Reichstagsmehrheit und ihren sogenannten Vertrauensmännern in der politischen Leitung sind für die praktische Gestaltung des Außenlebens unserer Nation alleinmaßgebend die Auffassungen einer konservativen Kaste und der Willen autoritärer Stellen. Dem Volke und seiner gewählten Vertretung bleibt die patriotische Pflicht, sich mit den fertigen Tatsachen philosophisch abfinden und die Folgen untertänigst auszubaden. Jedem das Seine!

Als Ziel der zur Zeit maßgebenden Kriegs-Weltpolitik verkünden ihre journalistischen Schrittmacher die gewaltsame Expansion Deutschlands nach Ost und West. Mit der Gründung der „Vaterlandspartei" machten die feudalen und schwerindustriellen Interessenten dieser Politik den Versuch, die breiten Massen des Volkes für ihre Ziele und Methoden zu gewinnen. Sie steckten Millionen und aber Millionen in das Geschäft und ließen, soweit es irgend anging, den zivil- und militärbehördlichen Apparat für sich spielen. Das Resultat war kläglich. Bautzen, Niederbarnim, Zwickau geben ausgezeichnete Stichproben.

Trotzdem wagt es die alldeutsch-konservativ-großagrarisch-schwerindustrielle-annexionistische Gruppe sich als Träger des deutschen Volkswillens aufzuspielen. Sie rechnet dabei auf die Uneinigkeit der Mehrheit und auf die Langmut der Massen. Gut, daß sie durch ihre Innenpolitik selbst am meisten dazu beiträgt, diese alten Grundlagen der preußischen Privilegiertenherrschaft zu beseitigen. So bedauerlich die Verweigerung der Wahlrechtsgleichheit an sich ist, so schaufeln doch die preußischen Reaktionäre ihrer Politik und ihrem ganzen System damit totsicher das Grab.

Die Schwäche der preußisch-deutschen Weltpolitik nach dem Muster der Reventlow und Genossen liegt in ihrer unlöslichen Verbindung mit einer reaktionären Innenpolitik. Mit derselben Brutalität, mit der man außenpolitische Herrschaftsziele durchzusetzen sucht, glaubt man Herrenvorrechte im Innern behaupten zu können. Verblendet von dem Wahnglauben an die Allmacht der Waffengewalt, proklamiert man zu dem Krieg gegen die ganze Welt auch noch den Krieg gegen das eigene Volk.

Allein die Politik der äußeren Expansion und der inneren Knechtung vertragen sich in modernen Verhältnissen schlecht miteinander.

Das Schicksal Rußlands, wo sich dieses System am ungebrochensten in die Neuzeit hinein erhalten hatte, ist das lehrreichste Beispiel dafür. Das zaristische Zwangsgebilde ist am mangelnden Staatsgefühl seiner Bewohner zusammen- und auseinandergebrochen. Ein demokratisch entwickeltes Rußland würde so wenig durch einzelne noch so schwere Niederlagen seines Heeres innerlich zerbrochen worden sein, wie Frankreich es trotz der furchtbaren Schläge und Verluste bis heute ist. Nur das System der demokratischen Selbstbestimmung erzeugt das glühende Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Seele des Einzelnen, das auch im schlimmsten nationalen Unglück das Ganze zusammenhält.

Das deutsche Reich verdankt seine stärkste innere Bindekraft dem Vorhandensein einer zentralen, demokratisch gewählten Volksvertretung. Hier treffen die politischen Sonderströmungen der einzelnen deutschen Stämme und Staaten zusammen; hier treten die großen innen- und außenpolitischen Gemeinschaftsinteressen und Aufgaben ins nationale Bewußtsein; von hier aus durchflutet trotz aller Parteikämpfe ein ständiger Strom einheitlichen Staatsgefühls die deutschen Lande. Trotzdem ist das Gefühl der nationalen Interessensolidarität in der Masse des deutschen Volkes keineswegs voll enwickelt. Die schweren sozialen Kämpfe, in denen die staatlichen Organe mit Ausnahmegesetz, Klassenjustiz und Verfolgung aller Art Partei ergriffen gegen die aufstrebende Arbeiterschaft sind noch nicht ausgelöscht in der Erinnerung der Massen. Wachgehalten wurden sie auch während des Krieges durch die Fortdauer der ausgesprochendsten Klassenherrschaft einer bevorrechteten Minderheit in Preußen. Aufgepeitscht werden sie jetzt durch die unverhüllte Kriegserklärung dieser Herrenkaste an das eigene Volk. Wie zersetzend die Verweigerung der Wahlrechtsgleichheit auf das staatsbürgerliche Zusammengehörigkeitsgefühl in der Heimat und draußen wirken muß, kann keinem mit normalem politischen Sinn begabten Menschen entgehen.

Man solle denken, gerade diejenigen, die sich mit weitausgreifenden weltpolitischen Expansionsgelüsten tragen, müßten alles tun, um das eigene Volk zu einer starken Gefühls- und Willenseinheit zusammenzuschmelzen. Das Geheimnis der weltpolitischen Erfolge Englands beruht darauf. Der oft gehörte Einwurf, daß dort doch jetzt keine Demokratie herrsche, ist so oberflächlich wie möglich: Eine demokratische, das heißt eine von der Volksmehrheit gewählte Regierung kann, wenn das Ganze in Lebensgefahr ist, eine viel diktatorischere Gewalt ausüben als eine Regierung, die aus den Reihen und dem Willen einer privilegierten Minderheit hervorgeht. Die erstere zwingt im Auftrag der Mehrheit eine nach Auffassung dieser Mehrheit dem Gesamtinteresse widerstrebende Minderheit rücksichtslos nieder. Eine Minderheitsdiktatur dagegen gerät bei terroristischer Durchsetzung ihres Willens in einen Konflikt mit der Mehrheit des eigenen Volkes, der ihre Stellung bald ins Wanken bringt. Solange Lloyd George und Clemenceau die Mehrheit der Volksvertretung hinter sich haben, können sie kriegsdiktatorische Maßnahmen wagen, die jede Minderheitsregierung in den Abgrund stürzen würde. Der aus direkter Volkswahl hervorgegangene Diktator Wilson hat eine unvergleichlich stärkere Machtstellung als ein absoluter Zar von Gottes Gnaden.

Große Weltpolitik kann nur von einer Regierung gemacht werden, die den Volkswillen hinter sich weiß. Deutsche Kaufleute, Industrielle und Gelehrte haben wirtschaftliche und geistige Welterorberungen gemacht; ihre Auswertung zu politischer Weltgeltung ist nicht gelungen. Die zukünftigen Vertreter der Privilegierten-Diplomatie haben den Flug nicht mitgemacht. Auch soweit sie in sich das Zeug hatten, den Bannkreis anerzogener Beschränktheiten zu durchbrechen, fehlte ihnen doch der große Antrieb einer von Einheitskraft und politischer Tatfreudigkeit erfüllten Volksgemeinschaft.

Jetzt aber sind sie, wie es scheint, drauf und dran das „weltpolitische" Kriegsziel der echtpreußischen Leute gehorsamst zu übernehmen. Es ist das verkrachte Innen- und Außenideal der echtrussischen Leute: ein innerlich unfreies Stammland in der Mitte und ringsherum geknechtete Schutzstaaten von Fremdstämmigen! Auch die Methode ist genau kopiert: Personalunion von Finnland bis Polen, und sonstige „freie Verträge", abgeschlossen mit den Vertretern der einheimischen Grund- und Geldaristokratie. Der große gemeinsame Zweck ist die Sicherung einer Minderheitsherrschaft im Deutschen Reich und den benachbarten Ortschaften.

Das beste an dieser „Weltpolitik" ostelbischer Prägung ist, daß sie nicht zum Ziele führen kann. Denn das neue Deutschland ist nicht das alte Rußland.

Das deutsch-schweizerische Abkommen unterzeichnet.

Die „Basler Nachrichten" melden, daß die schweizerischen Unterhändler gestern morgen 11 Uhr das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland unterzeichneten.

In einer amtlichen Mitteilung des Bundesrats wird folgende Darstellung des Verhandlungsganges gegeben:

Minister Dunant, Professor Laur und Nationalrat Mosimann kamen am Sonntag nachmittag in Bern an und erstatteten dem Bundesrate sofort Bericht. Die Reise der Delegierten diente dem Zweck, den schweizerischen Gesandten in Paris über die gesamte Sachlage aufzuklären und ihm zu ermöglichen, in voller Kenntnis der Dinge zu handeln. In den Besprechungen, die dem schweizerischen Gesandten zunächst von Pichon, dem französischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten, und am gleichen Tage vom Ministerpräsidenten Clemenceau in Anwesenheit der Minister Pichon, Loucheur, Lebrun, sowie dem französischen Botschafter in Bern Dutasta gewährt wurden, konnte Dunant bestimmte **Erklärungen entgegennehmen, die jeden Grund zur Beunruhigung ausschließen.** Die französische Regierung sei, wurde ihm erklärt, geleitet von den Gefühlen unerschütterlicher Freundschaft, die die beiden Länder verbinden und nur von dem Wunsche beseelt, der Schweiz in ihrer schwierigen Lage beizustehen. Frankreich hoffe allerdings, daß sich die Schweiz mit Hilfe der bekannten Offerte von 85 000 Tonnen französischer Kohle vollständig von jeder Erweiterung der Kohlenkontrolle und zwar auch von jeder eventuellen Vorschrift über eine weitere Einschränkung in der Verwendung deutscher Kohle befreien könne. Die französische Regierung dachte aber nie daran, unserem Lande Schwierigkeiten zu machen oder gar durch wirtschaftliche Maßnahmen die Lage der Schweiz zu erschweren, wenn diese dazu kommen sollte, eine andere Lösung anzunehmen. Frankreich sei in der ganzen Angelegenheit nur von dem Wunsche geleitet, der Schweiz einen Dienst zu erweisen. Von diesen Erwägungen ausgehend, erklärte der Ministerpräsident unserem Gesandten, daß Frankreich sein Angebot zur Lieferung von 85 000 Tonnen Kohle zu 150 Frs. franko Schweizer Grenze auch jetzt noch aufrecht erhalte, allerdings in der Meinung, daß die Kohlenlieferung Frankreichs in gar keine Beziehung zu den deutschen Lieferungen gesetzt und in dem Uebereinkommen mit Deutschland gar nicht erwähnt werde. Der Ministerpräsident eröffnete unserem Gesandten weiter, daß, wenn die Schweiz in die Lage komme, eine andere Lösung anzunehmen, Frankreich bereit sei, der Schweiz Quantitäten Kohle zu liefern, die für die Versorgung der für die Ententeländer arbeitenden Fabriken notwendig seien. Der schweizerische Gesandte dankte für diese Erklärung des französischen Ministerpräsidenten, die ein neuer Beweis der freundschaftlichen Gesinnung der französischen Regierung für die Schweiz ist, aufs wärmste. Der Bundesrat hält darauf, sich diesem Danke auch an dieser Stelle ausdrücklich anzuschließen. Die Lage, der sich der Bundesrat anläßlich der Lösung der ihm obliegenden Frage gegenübergestellt sah, war folgende:

Die französische Regierung hielt ihre Offerte von 85 000 Tonnen monatlich, die sie anbot, ohne irgend welche Kompensationen aufrecht; aber die Offerte hatte nach den Intentionen der französischen Regierung keine Berechtigung mehr, fiel infolgedessen dahin, **wenn der Bundesrat im Prinzip oder auch nur eventuell zuließ, daß die für das eigentliche Kriegsmaterial bereits bestehende Kontrolle auf andere Exportwaren ausgedehnt würde, die mit deutscher Kohle hergestellt werden.** Die französische Regierung erklärte indessen, daß sie der schweizerischen Industrie, soweit sie für die Ententeländer arbeite, über die bedauerlichen Folgen der Einschränkungen in der Kohlenverwendung hinweghelfen wolle, wenn die Schweiz die von Deutschland verlangte Kohlenkontrolle nicht akzeptiere. Zu diesem Zwecke werde die französische Regierung diejenigen Kohlenmengen liefern, die für die Herstellung der für die Ententeländer bestimmten Waren notwendig sind. Die

deutsche Regierung war bereit, auf jede weitere Ausdehnung der Kohlenkontrolle zu verzichten,

machte aber den Verzicht davon abhängig, daß die Schweiz aus den Ententeländern ein Quantum Kohle einführe, das nicht wesentlich unter 85 000 Tonnen im Monat stehe. Für den Fall, daß diese Kohlenmengen nicht tatsächlich eingeführt werden, verlangte die deutsche Regierung die Einführung einer Kontrolle. Dabei hatte sie indessen die Meinung, daß die Kontrolle sich darauf beschränke, festzustellen, daß die ihr unterworfenen Objekte nicht mit deutscher Kohle hergestellt würden. Soweit solche Objekte mit aus dem Ententegebiet oder aus der Schweiz stammender Kohle hergestellt werden, können sie somit ohne irgend welche Schwierigkeiten aus der Schweiz ausgeführt werden; aber auch diese Kontrolle soll erst nach dem 15. Juli in Kraft treten. Der Bundesrat konnte die vorliegenden Schwierigkeiten nur dann in einer den wirtschaftlichen Rücksichten der Schweiz entsprechenden Weise erledigen, wenn er die Lösung suchte, die mit den von hüben und drüben erhaltenen Erklärungen verträglich sei. **Die Rücksicht auf die Landesversorgung in Kohle und Eisen und anderen Waren erlaubt der Schweiz nicht, auf den Abschluß des Abkommens mit Deutschland zu verzichten,** welches übrigens in einer mehrwöchigen Arbeit vorbereitet war und zu dem nur noch die Unterschriften fehlten. Ueberhaupt birgt der vertragslose Zustand **Gefahren für die wirtschaftliche Sicherheit des Landes in sich.** Ueberdies nahm die Schweiz auf Wunsch der einen und der anderen kriegführenden Gruppe bereits Kontrollpflichten auf sich, die der verlangten Kohlenkontrolle ähnlich sind und ihnen entsprechen. Diese konnte indessen in dem Augenblick auch für die schweizerische Industrie eine gefährliche Beschränkung sein, wo Frankreich der Schweiz die nötigen Kohlenmengen zur Verfügung stellte, um die der Kohlenkontrolle unterworfenen für die Länder der Entente bestimmten Waren herzustellen. Endlich muß noch hervorgehoben werden, daß es sich **nicht um eine fremde Kontrolle,** sondern um eine schweizerische handelt, die ausschließlich durch schweizerische, einzig dem Bundesrat verantwortliche Organe ausgeübt wird. **In seiner Sitzung am 21. Mai ermächtigte daher der Bundesrat seine Unterhändler, den Entwurf des schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommens zu unterzeichnen.** Dieses Abkommen wird keine Klausel mehr enthalten, die sich auf Kohlenlieferungen aus Deutschland bezieht. Am 16. Mai ließ die deutsche Regierung dem Bundesrat bereits wissen, daß sie trotz Verschiebung der Unterzeichnung der Schweiz keine Schwierigkeiten mache und in der Zwischenzeit die Kohlenlieferungen fortsetzen werde. Dank diesem freundschaftlichen Verhalten war es möglich, alle in Betracht kommenden Fragen gründlich zu prüfen und zur Unterzeichnung des Abkommens erst dann zu schreiten, wenn alle Mißverhältnisse, die von der einen oder anderen Seite sich hätten [illegible] können, ausgeschlossen waren.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 22. Mai, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Wiener Bericht.

Wien, 22. Mai. (Amtlich.)

An der italienischen Gebirgsfront hält erhöhte Kampftätigkeit an. In der Nacht zum 21. Mai drangen zwei feindliche Kompagnien in unsere Stellungen nordwestlich des Col del Rosso ein; sie wurden durch Gegenstoß unter großen Verlusten zurückgeworfen.

Der Friede mit Rumänien.

Staatssekretär v. Kühlmann sprach in der [illegible] Handelskammer über den Frieden mit Rumänien in wirtschaftlicher Beziehung. Er knüpfte an die Worte des Vorsitzenden v. Mendelssohn an, der unter

Hinweis auf die feindlichen Staatsmänner es als wünschenswert bezeichnete, daß unsere führenden Persönlichkeiten mehr als bisher an die Oeffentlichkeit treten. Er habe viel Verständnis für diesen Gedanken. Kühlmann schilderte dann die Verzögerungen des Friedensschlusses durch den Ministerwechsel in Jassy, den Rücktritt Czernins usw. Dann sprach er über die Bedeutung Rumäniens vor dem Kriege, bis es, verführt durch den Gedanken an ein Kaiserreich Dacien, in den Weltkrieg eingetreten sei. Man schätzt den Rückgang der Einwohnerzahl Rumäniens durch den Krieg auf 800 000 bis 1 Million. Durch Erwerbung von Bessarabien werde sich die Zahl um 2½ bis 3 Millionen erhöhen, so daß Rumänien mit einer Seelenzahl von etwa 9 bis 10 Millionen in den Frieden eingehen werde. Rumänien schließt den Krieg mit weitgehenden pekuniären Verlusten ab, seine Staatsschuld würde 9 Milliarden überschreiten.

Es wird unsere Ernährung während des Krieges und der Uebergangszeit unbedingt zu sichern haben, ebenso unseren Bedarf an Oelprodukten. Auch unsere Interessen an der Donau als Durchgangsstraße nach dem Osten sind durch umfassende Abmachungen gesichert worden. Der Staatssekretär schloß mit einer Würdigung unserer Bundesgenossen und mit der Hoffnung, daß trotz unserer Interessen im Osten auch unsere überseeischen Beziehungen nach dem Kriege in vollem Maße wieder aufgenommen werden können.

Hoffentlich fällt der rumänische „Brotfriede" etwas anders aus als der ukrainische, der uns bisher alles andere als Brot gebracht hat.

Der deutsche Luftangriff auf London.

Starke deutsche Bombengeschwader griffen in der Nacht vom 19. zum 20. Mai wiederum London an. Die Unternehmung gestaltete sich durch die große Anzahl Flugzeuge, die London erreichten und einer Menge auf die Mitte der Stadt abgeworfener Bomben zum größten aller bisher durchgeführten Angriffe auf London. Einwandfrei wurde die starke Wirkung unserer Bomben in der City zwischen der Admiralität und den Westindien-Docks beobachtet. Hier große Brände brachen im Innern der Stadt aus. Mit demselben guten Erfolge griffen andere Bombenflugzeuge Dover, Chelmsford, Chatam und Southend an.

Gegen die Diktatur.

Aus Kiew wird gemeldet: Der allukrainische Bauernkongreß, der dieser Tage gegen das Verbot der Regierung in Kiew stattfand, protestierte gegen die letzten Vorgänge in Kiew und verlangt Einberufung der Konstituante, unentgeltliche Bodenübergabe an die Bauern, ausreichenden Arbeiterschutz, 8-Stunden-Arbeitstag, Koalitionsfreiheit, Herstellung der demokratisch-autonomischen Organisationen und volle Gleichberechtigung der Nationalitäten.

Von den ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen.

„Kiewskaja Mysl" meldet: Die erste Staffel der großrussischen Friedensdelegation wurde angenommen.

Neue „Schutzbedürftige".

Aus Kiew wird gedrahtet: Die deutschen Kolonisten der Krim baten die deutschen Behörden um Schutz und Errichtung eines deutschen Protektorates in der Krim. Falls ein Protektorat nicht möglich sei, baten die Kolonisten um Ueberführung in deutsches Gebiet.

Nun wird wohl die Forderung der Alldeutschen auf verkappte Annexion der Krim nicht lange auf sich warten lassen.

Die faule Gründung im Kaukasus.

Ein Mitglied der russischen Botschaft in Berlin teilte einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung" mit:

Die russische Regierung erkennt keineswegs die von zwei Männern im Namen einer neuen Regierung von Nordkaukasien gezeichnete Unabhängigkeitserklärung an, die von der Agentur Milli verbreitet wurde. Sie hat auch die deutsche Regierung davon verständigt, daß sie entschieden gegen die Usurpation des Volkswillens durch ein Häuflein von Menschen, das die Bergkämme Nord-Kaukasiens mit einer Homunkulus-Regierung beglücken will, eingreifen wird. Diese Bergstämme sowie die Bevölkerung der Provinzen des Schwarzmeergebietes, von Kuban, Terek und Dhagistan haben in unzweifelhafter Weise auf ihren demokratischen Kongressen ihren Entschluß, der Russischen Föderation anzugehören, kundgetan, und eine plötzliche Gesinnungswandlung ist nicht anzunehmen.

Da türkische offiziöse Quellen jetzt offenbar den Eindruck zu erwecken suchen, daß „Bolschewikibanden" die mohammedanische Bevölkerung unterdrücken, dürfte es angemessen sein, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß vor ein paar Monaten aus denselben Sphären verlautete, der Scheich-ül-Islam selbst beabsichtige, ein Fetwa an die mohammedanische Bevölkerung Rußlands zu erlassen, worin sie zur Unterstützung der Bolschewiki aufgefordert werden sollte.

In der öffentlichen Meinung scheint einige Unklarheit über die auf russischem Boden entsprossenen oder gezüchteten, mehr oder weniger legitimen neuen Regierungen zu bestehen. Die Hauptregierung des Kaukasus hat ihren Sitz in Tiflis. An ihrer Spitze stehen Tscheidse, Tseretelli und andere leitende Persönlichkeiten der russischen Märzrevolution von 1917, die sich während der ganzen Revolution separatistischen Tendenzen widersetzt haben. Zwischen der Kaukasusregierung und der Sowjetregierung sind gerade deswegen Reibungsflächen entstanden, weil sie die Haltung der russischen Regierung in der Frage von Kars, Batum und Ardahan als allzu nachgiebig gegen die Türkei betrachtete.

Die Spaltung in der französischen Arbeiterschaft.

Die Vertreter der Minderheit der allgemeinen Arbeiterkonföderation, die sich unter dem Namen „Komitee für syndikalistische Verteidigung" vereinigt haben, hielten am Sonntag einen Kongreß in St. Etienne ab, dessen Beratungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfanden. 107 Syndikate waren direkt, 97 indirekt vertreten. Wie die Pariser Zeitung „Heure" mitteilt, hat der Kongreß beschlossen, zunächst den nationalen Kongreß abzuwarten, den die allgemeine Arbeiterkonföderation auf den 19. Juli einberufen hat, um erst dann eine Entscheidung über ihre Haltung der Konföderation gegenüber zu treffen.

Die italienische Getreideernte beschlagnahmt.

Ein Dekret verfügt die Beschlagnahme der gesamten exportierenden Weizen-, Roggen- und Hafterntes des laufenden Jahres. Eine Kommission von Ackerbauern der apulischen Provinzen ist in Rom eingetroffen, um vom Ackerbauminister Maßregeln zur Rettung der bevorstehenden Getreideernte, welche in Süditalien im Juni beginnt, zu erbitten. Es fehlt an Garn zum Binden der Garben, an Mähmaschinen und an Mechanikern zur Instandhaltung derselben.

Verbot der Ausfahrt niederländischer Schiffe.

Wie „Allgemeen Handelsblad" erfährt, ist die Ausfahrt niederländischer Schiffe aus niederländischen Häfen, mit Ausnahme von Segel- und Küstenfischerfahrzeugen, verboten.

Die Lasten der Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Infolge der Rohstoffsperre hat in Dänemark im vergangenen Winter bekanntlich große Arbeitslosigkeit geherrscht, die zeitweise über 50 000 Arbeiter betraf. Ihre Unterstützung hat rund 17 Millionen Kronen gekostet, wovon der Staat 12 Millionen Kronen beigesteuert hat. Viele Arbeitslosenkassen sollen ziemlich erschöpft sein.

Notlandung deutscher Flieger.

„Nationaltidende" meldet aus Malmoe: Mit einem holländischen Dampfer kamen Sonnabend in Göteborg zwei deutsche Flieger an, die wegen Benzinmangels auf der Nordsee hatten niedergehen müssen und, nachdem sie vier Tage und drei Nächte auf See zugebracht hatten, von dem Dampfer aufgenommen worden waren. Ein schwedischer Fischdampfer rettete an der Doggerbank zwei andere deutsche Flieger und brachte sie nach Marstrand ein. Die Flieger, die ebenfalls infolge Bezinmangels zum Niedergehen auf dem Meere gezwungen waren, mußten sechs Tage teilweise ohne Lebensmittel und Wasser auf dem Meere zubringen.

Der Kampf um die „Politiken".

Als die linkssozialistische Richtung in Schweden sich vor zwei Jahren in Stockholm eine Tageszeitung schuf, gab sie seltsamerweise dem Blatt den Namen „Politiken", obwohl dieser Name seit mehr als 50 Jahren von einem weltbekannten bürgerlich-demokratischen Blatt in Kopenhagen geführt wird. Die Folgen dieser Namensgleichheit traten denn auch bald ein. Die Aeußerungen der Stockholmer „Politiken" wurden im Ausland, besonders in den Ententestaaten und in Amerika, häufig der Kopenhagener „Politiken" zugeschrieben, und da diese als dänisches Regierungsorgan angesehen wird, hatten diese Verwechslungen unangenehme Wirkungen, und das Auswärtige Amt Dänemarks mußte wiederholt Berichtigungen ausschicken.

Die Stockholmer „Politiken" tritt seit dem Siege der Partei Lenin in Rußland offen als Organ des Bolschewismus auf. Sie hat ihren Namen die nähere Bezeichnung „Folkets Dagblad" beigefügt, aber die Verwechslungen nahmen dadurch kein Ende. Die dänische „Politiken" ersuchte daher das linkssozialistische Stockholmer Blatt, auf das Wort „Politiken" als Bezeichnung zu verzichten. Das bolschewistische Organ erklärte sich bereit, aber nur gegen Zahlung von 25 000 Kr., eine Forderung, die später auf 20 000 Kronen herabgesetzt wurde. Auf diese Zumutung ist die Kopenhagener „Politiken" nicht eingegangen; sie hat sich vielmehr an die skandinavische Presse mit der dringenden Bitte gewandt, bei Nennung des Stockholmer Blattes die Bezeichnung „Politiken" nicht mehr anzuwenden.

Die Lage in Irland.

In einer von Cork aus lancierten Proklamation der Vereinigten Iren hat es nach der „Deutschen Kriegszeitung" u. a. geheißen: Die Stunde des solidarischen Widerstandes gegen englische Brutalität und Gewaltherrschaft ist angebrochen. Die Regierung des verbrecherischen Lloyd George, verzweifelt über den hoffnungslosen Verlauf des Krieges, ihres Zusammenbruchs und des Zusammenbruchs ihrer Kriegspartei gewärtig, will zum letzten Schlage ausholen. Sie ist entschlossen, Irland mit Füßen zu treten, und behauptet, daß wir aus Deutschland Waffen bezogen hätten, um auch in Irland die Waffen zu erheben, also zusammen mit dem Feinde Englands einen Schlag zu führen, der Britannia den Gnadenstoß versetzen soll. Die Angst Lloyd Geroges grenzt an Wahnsinn. Laßt Euch durch die Lügen der englischen Aufhetzer nicht umgarnen. Wir wollen nur unsere Rechte und unsere Freiheit mannhaft, aber ohne Tücke, ohne blindes Wagnis erringen. Irland streitet für sich selbst und bekämpft alle, die es auf seinem Wege zur Freiheit behindern. Die Deutschen haben uns nichts getan, wir sind nicht ihre Feinde. Wir wünschen einen gerechten Frieden, der ihnen wie auch uns die freie Entwicklung schenkt, der sie wie uns von den gierigen Anschlägen Englands und anderer Völker befreit.

Diese Proklamation ist von 40 Lokalvertretern der irischen Vereinigungen unterzeichnet. Selbstverständlich sind sämtliche Unterzeichnete verhaftet und in das Gefängnis von Limerik gebracht worden.

Dubliner Depeschen des „Petit Parisien" und anderer Pariser Blätter stellen fest, daß die bisherigen Verhaftungen die Hauptorganisation der Sinnfeiner nicht zu zerstören vermocht haben, da die Ersatzausschüsse bereits ihre Tätigkeit begonnen haben und ihre Auflösung Schwierigkeiten bereitet.

Der Londoner „Observer" schreibt in einem Artikel: Der Ernst der deutschen Verschwörung in Irland war seit einiger Zeit bekannt. Angesichts der Versicherung Capelles, daß die deutschen U-Boote in ihren Bemühungen nicht nachlassen würden, in Fühlung mit den Sinnfeinern zu kommen, muß dieser wiederholte Versuch entschlossen niedergeworfen werden. Wir hoffen, daß der Präsident und das Volk der Vereinigten Staaten nicht durch Dillons böswilliges Manifest irregeführt werden, in dem fälschlich erklärt wird, daß die englische Regierung unaufrichtig in ihren Absichten hinsichtlich der Homerule sei. Die englische Politik gegenüber Irland ist klar. Erstens die Wiederherstellung normaler Verhältnisse zivilisierter Gesellschaft, zweitens die allmähliche Einführung der gleichen Militärdienstpflicht wie in England, Schottland und Wales, drittens die Einbringung des Homerulegesetzes. Zu diesem Zwecke kamen French und Short, beides überzeugte Anhänger des Homerulegesetzes, nach Irland. Die Vorbereitung des Homerulegesetzes wird energisch betrieben. Es ist Zeit erforderlich, den Entwurf in kluger, liberaler, staatsmännischer Weise zu verfassen. Dies ist der einzige Grund für die Verzögerung, wonach Dillon eine falsche Darstellung zu geben versucht. Die Bestimmungen des früheren Gesetzes müssen vollständig umgearbeitet werden. Ueberdies muß das föderale Homerule-System auch auf das ganze vereinigte Königreich angewendet werden. Das englische Ministerium muß Zeit haben, die politische Sicherheit in Irland herzustellen und die Homerule auszuarbeiten, eine kühlere Atmosphäre zu schaffen und allmählich die gleiche Dienstpflicht zu erreichen. Wir sind überzeugt, daß die Regierung die Unterstützung der amerikanischen Regierung finden wird, soweit es sich um Sinnfeiner handelt, denn Verhältnisse wie diese würde Wilson auch nicht einen Tag dulden.

Anmerkung des WTB. „Es ist selbstverständlich, daß der Admiral v. Capelle niemals versicherte, daß die deutschen U-Boote in ihren Bemühungen nicht nachlassen würden, in Fühlung mit den Sinnfeinern zu kommen."

Ein amerikanisches Aufruhrgesetz.

Präsident Wilson genehmigte ein Aufruhrgesetz, durch das die Regierung weitgehende Befugnisse erhält, um Handlungen und Aeußerungen, die gegen die Landestreue verstoßen, zu bestrafen.

Ein japanisch-chinesischer Waffenbund.

Aus Peking wird gemeldet, daß der chinesisch-japanische Vertrag, der am 16. Mai unterzeichnet wurde, bestimmt, daß die beiden Regierungen mit dem Zwecke, der Gefahr einer deutschen Durchdringung des Ostens zu begegnen, eine gemeinschaftliche Vereinbarung auf dem Fuße voller Gleichberechtigung unter Bedingung gegenseitiger Hilfe und Unterstützung für die Gegenden abgeschlossen haben, wo ein gemeinschaftliches Vorgehen notwendig ist. Die chinesischen Behörden verpflichten sich, die Aufgabe der Japaner in den besetzten Gebieten zu erleichtern, während die Japaner sich verpflichten, die chinesische Souveränität und die Landessitten zu achten und das chinesische Gebiet unmittelbar nach Beendigung der Operationen zu räumen. Die chinesischen Truppen können außerhalb des nationalen Gebiets verwendet werden. Ueber die Frage, ob die chinesische Ostseebahn im Laufe der Operationen benutzt werden soll, werden beide Regierungen zu einer Uebereinkunft kommen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 22. Mai. (Amtlich.) Im Mittelmeer versenkten unsere U-Boote die italienische Dreimastbark „Angelina di Poola" (228 B.-R.-T.), den französischen bewaffneten Dampfer „Verdun" (2769 B.-R.-T.) und vier weitere Dampfer, darunter einen von mindestens 8000 B.-R.-T.

Zusammen über 22 000 B.-R.-T.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Nachrichten.

Die britische Regierung wird demnächst über den Gefangenenaustausch mit Deutschland Beschluß fassen.

Bei einem feindlichen Fliegerangriff auf belgische Ortschaften fielen am Montag abend 14 Bomben auf holländisches Gebiet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Pfingst-Epistel gegen Erzberger.

In seiner Pfingstnummer veröffentlicht das „Düsseldorfer Tageblatt" folgende geharnischte Erklärung gegen ihren „Parteifreund" Erzberger:

„Die unterzeichneten Anhänger und Wähler der Zentrumspartei erheben gegen das Vorgehen des Abg. Erzberger in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages vom 8. Mai den schärfsten Einspruch. Sie sprechen ihre Freude und Genugtuung aus, daß das Unterfangen des Abg. Erzberger das zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung bestehende Vertrauensverhältnis zu stören und eine politische Krise zu schaffen, anders als im Juli v. J. (!) so rasch und für seinen Urheber so unrühmlich gescheitert ist; sie sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß gerade jetzt, im Endkampf des furchtbaren Ringens um die Existenz des deutschen Volkes die festeste Einigkeit zwischen Regierung, Heeresleitung, Heer und Volk das dringlichste vaterländische Gebot ist, und sie sprechen dem Reichskanzler Grafen Hertling und der Obersten Heeresleitung ihr vollstes Vertrauen und ihren tiefsten Dank aus.

Die unterzeichneten Anhänger und Wähler der Zentrumspartei beklagen es, daß es gerade ein Mitglied der Zentrumsfraktion ist, das in dieser Weise hervortrat. Sie erinnern sich, daß, solange der Abg. Erzberger Mitglied der Fraktion ist, er der Fraktion und der Partei eine Peinlichkeit nach der anderen bereitet hat. Während des Krieges hat die Tätigkeit des Abg. Erzberger in zunehmendem Maße den Unwillen weiter Parteikreise erregt, und es steht zu befürchten, daß dieser Unwille sich einmal in einer Weise äußern wird, welche die Partei schwer treffen muß. Treue Sorge um die Einigkeit und die Zukunft der Partei gebietet, diese Gefahr aufzuhalten. Deshalb fordern wir, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums jetzt, nach dem so schweren Verstoß, in unzweideutiger Form die Verantwortung für das Vorgehen und die ganze Sonderpolitik des Abg. Erzberger von sich abweise. Wir sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß sie den Abg. Erzberger fürderhin nicht mehr als ihren Vertreter in den Hauptausschuß des Reichstages entsendet und ihn auch im übrigen von jeder Vertretung der Fraktion entlastet, weil er nicht das Vertrauen der Anhänger und Wähler der Zentrumspartei besitzt, welches allein ihn dazu berechtigen kann. . . ."

Den außerhalb der Zentrumspartei Stehenden interessiert an diesem häuslichen Streit besonders die Tatsache, daß die etwa 200 Unterzeichner des Aufrufs, zumeist recht exklusive Herren, die sich sonst selbst nicht gern zum „Volk" rechnen, fast ausnahmslos Anhänger eines „starken Frie-

dens", also Annexionisten sind. Daß der Wahlrechtsfeind Dr. Brockmann auch dabei ist, versteht sich am Rande. Der andere Düsseldorfer Abgeordnete, Herr Schmitt, und die christlichen Gewerkschaftsführer haben die Erklärung nicht mitunterzeichnet.

Die Angst vor den Barrikaden.

Auch den Wahlrechtsfeinden war nach der Ablehnung des gleichen Wahlrechts durch die reaktionäre Mehrheit des Preußischen Landtags nicht recht wohl. Der Pfingstaufruf des Parteivorstandes hat das Unbehagen dieser Privilegien-Politiker aber erheblich gesteigert. Die „Tägliche Rundschau" heulmeiert am Mittwoch abend gegen diesen Aufruf in einem langen Artikel, aus dem als das einzig Greifbare der Schmerz der Wahlrechtsfeinde hervorgeht, diesem Aufruf nichts Stichhaltiges entgegenhalten zu können. Auf Interesse könnte in den Salbarereien des Blattes höchstens ein Satz rechnen, der in seltsamer Schärfe zeigt, daß die Wahlrechtsfeinde jeder Couleur Angst haben vor — den Barrikaden:

„Der sozialdemokratische Parteivorstand hat in einem Ton, der schon einigermaßen an Ledebour erinnert, die Seinen wegen der noch nicht erfolgten Auflösung des Preußischen Landtages sozusagen auf die Barrikaden gerufen."

Als würdige Kampfgenossin gesellt sich der „Rundschau" die bekanntlich von den schwerindustriellen Wahlrechtsfeinden mit lebendem und totem Inventar gekaufte „Deutsche Zeitung" bei. Sie wendet sich dagegen, daß in dem Wahlrechtsaufrufe des Parteivorstandes auch von den Brotrationen die Rede ist:

In die sozialdemokratische Hetzsprache übertragen heißt das nichts anderes als: „Arbeiter! Euer Anspruch auf das gleiche Wahlrecht wird mit dem Ruf: „Hungert!" beantwortet."

Die Sorge um die Form ihrer Aufrufe möge das Blatt auch in Zukunft der Partei überlassen. Darüber hinaus sieht man aber, daß die politische Arbeit für die Reaktionäre auch im Kriege ihren Mann noch gut ernährt. Hätten die Leute, die sich gegen die Zusammenstellung der Brot- und der Wahlrechtsfrage wehren, in diesem Kriege schon gehungert, so wäre ihnen der Zusammenhang verständlich geworden. Der Hunger hat seine Logik in sich. Er will durchaus nicht einsehen, daß einer, der am meisten für das Vaterland gehungert hat, in diesem Vaterlande weniger zu sagen haben soll als einer, der sich die graue Dame Mangel mit gespicktem Geldbeutel vom Halse gehalten hat. Diese Tatsache scheidet die Auffassungen der Hungrigen und der Satten ganz besonders scharf in der Wahlrechtsfrage. Es würde auch besseren Zeitungsschreibern, als denen in der „Deutschen Zeitung" nicht gelingen, die Hungrigen davon zu überzeugen, daß zwischen den Entbehrungen des Krieges und der Politik gar kein politischer Zusammenhang bestehe!

Ernährungsfragen.

Eine erfreuliche Wendung in der Ernährungsfrage.

Unter diesem Titel macht Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. M. Faßbender im „Roten Tag" Nr. 101 sehr bemerkenswerte Ausführungen, die angesichts der bereits in lebhaftem Fluß befindlichen Verhandlungen über den Branntweinmonopolentwurf besondere Beachtung beanspruchen. Das bekannte Mitglied des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses weist auf die anscheinend bevorstehenden großen Umwälzungen auf dem Gebiet der Spritgewinnung hin, und insbesondere im Anschluß an einen Aufsatz von Geh.-Rat Prof. Dr. Juckenack, in der „Chemisch-technischen Wochenschrift" auf die Möglichkeit ausgiebigster Heranziehung der Holzsägespäne zur Spirituserzeugung. Die Herstellung von Spiritus aus den Ablaugen der Zellulosegewinnung, aus Holz und zuletzt aus Kohle und Kalk ist ja neuerdings mehr und mehr theoretisch und praktisch am öffentlichen Gesichtskreis aufgetaucht. Prof. J. sieht das auf die Verwertung des Sägemehls gerichtete Verfahren (auf Grund 20jähriger Arbeiten von Geh.-Rat Classen in Aachen usf.) für zurzeit viel bedeutungsvoller an als das Karbidverfahren, das bekanntlich vor kurzem von der Schweiz in großem Maßstab staatlich in Angriff bezw. Verwertung genommen ist. Eine kräftige Weiterentwickelung auf dieser Linie sei dringend zu wünschen, ja notwendig, weil auf diese Weise gewaltige Mengen von Nährstoffen, insbesondere von Kartoffeln, von der Brennerei für unsere Ernährung freizumachen seien. Der Krieg hat uns die außerordentliche Bedeutung dieser Frucht für unsere Volkswirtschaft gelehrt; diese sei als Getreideersatz wie als Futtermittel imstande, uns in der Ernährung vom Ausland unabhängig zu machen. Darum: Erhöhung der Kartoffelerzeugung, aber ebenso wichtig Kartoffelersparung, die viel leichter sein werde, als erstere! Ein Hektoliter 100teiligen Alkohols, aus anderen Stoffen, z. B. gerade aus Sägemehl, gewonnen, erspare etwa das Zehnfache, 10 Doppelzentner Kartoffeln, für die unmittelbare oder mittelbare menschliche Ernährung. Weitere Ausdehnung der Kartofeltrocknerei und Kartoffelstärkeherstellung, vermehrte Verfütterung von Kartoffeln zur Wiederauffüllung der so stark gelichteten Schweinebestände (Fett, Fleisch!) sind daher die vorgezeichnete Bahn. Durch gesteigerte Verfütterung an Pferde, in Mischung mit geeignetem anderen Futter, wie sie wiederum besonders der Krieg gelehrt hat, würden auch beträchtliche Mengen von Hafer für die menschliche Ernährung oder Haferland für andere Getreidearten usw. frei. Im Blick auf die neuaufkommenden Ersatz-Spritindustrien dürfte daher die Beratung des Branntweinmonopols nicht überstürzt werden. Auch von anderen Seiten, selbst von einem Vertreter der Spritindustrie, ist in der Presse die dringende Notwendigkeit betont, auch weiterhin möglichst alle verfügbaren Nahrungsmittel, die Kartoffel voran, dem direkten und indirekten menschlichen Genusse vorzubehalten, statt Millionen von Zentnern dem Brennkessel zuzuführen, und die daraus folgende Notwendigkeit einer Umgestaltung des vorliegenden Gesetzentwurfes unter Berücksichtigung obiger Gesichtspunkte.

Ein Ferkel — 305 Mark!

Im „Kasseler Volksblatt" lesen wir: Man kann es unsern Bauersleuten manchmal wirklich nicht verdenken, wenn sie mit den Maßnahmen eines hohen Reichsernährungsamtes nicht einverstanden sind. Als in den ersten Monaten dieses Jahres der große Ferkelmord notwendig wurde, erhielten die Landwirte einen Höchstpreis von noch nicht 70 Pfg. für das Pfund bewilligt. Zu diesem verhältnismäßig billigen Preise wanderten viele der niedlichen Schweinchen in großstädtische Mägen. Nun gehen zahlreiche kleine Landwirte, Häusler und auf dem Lande wohnende Arbeiter daran, sich ein Schweinchen zur Aufzucht zu erwerben, damit für den Winter wenigstens eine Speckseite in den Rauchfang kommen kann.

Die Knappheit an Ferkeln infolge des Mordes bei größter Nachfrage hat aber der Spekulation alle Türen geöffnet und nun wird mit Ferkeln gewuchert. Einen milderen Ausdruck kann man dafür nicht anwenden. Vor einigen Tagen wurden für **das Pfund Lebendgewicht der Ferkel hier bis zu 13,50 Mark** verlangt, und erst als die Polizei eingriff, und mit Anzeigen wegen ungerechtfertigter Preistreiberei drohte, ging der Preis auf 10 Mk. zurück. Ein hiesiger Bäckermeister bezahlte **für ein sieben Wochen altes Ferkel 305 Mark.** 315 Mk. waren gefordert worden. Ist es da nicht verständlich, wenn der kleine Bauer murrt? Das Kriegsernährungsamt kann wieder einmal einen Erfolg seiner „famosen" Preispolitik buchen, daß es verstanden hat, durch Nichtfestsetzung eines Preises für Zuchtferkel die große Masse der **kleinen Schweinemäster gründlich zu verärgern!**

Hat man an „maßgebender Stelle" denn wirklich kein Empfinden für die Unhaltbarkeit solcher Zustände?

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 23. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Kemmelgebiet hielt gesteigerte Feuertätigkeit an. An den übrigen Kampffronten lebte die Gefechtstätigkeit erst abends in einzelnen Abschnitten auf. Während der Nacht lebhafte Tätigkeit der Franzosen auf dem Westufer der Avre. Mehrfach wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen und bei einigen Erkundungen Gefangene eingebracht.

Auf dem Kampffelde an der Lys wurden gestern u. a. drei amerikanische Flugzeuge abgeschossen.

Die in letzter Zeit sich mehrenden feindlichen Fliegerangriffe gegen belgisches Gebiet haben der Zivilbevölkerung schwere Schäden und Verluste zugefügt. Militärischer Schaden entstand nicht.

Durch erfolgreiche Bombenabwürfe wurden große Munitionslager des Feindes nordwestlich von Abbeville vernichtet.

Paris wurde mit Bomben beworfen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 23. Mai.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 27. Mai abends 6 Uhr stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senats. II. Anträge des Senats: 1. Bewilligung weiterer Mittel für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges. 2. Zeitweilige Außerkraftsetzung des Artikels 27 Absatz 3 Satz 2 der Staatsverfassung (zweite Lesung). 3. Ankauf eines Grundstückes für Zwecke des Polizeiamtes. Der letzte Antrag hat nicht die Zustimmung des Bürgerausschusses gefunden.

Zur Entlassung der älteren Landsturmjahrgänge. Das stellv. Generalkommando weist zur Richtigstellung unzutreffender Auffassungen darauf hin, daß die Verfügung über Entlassung der älteren Landsturmjahrgänge zunächst nur von den im Jahre 1869 geborenen, auf Grund der Landsturmaufrufe zu den Fahnen einberufenen Landsturmleuten spricht. Diese waren bis zum 30. April zu entlassen, sofern sie nicht freiwillig im Dienst bleiben wollten. Eine Einberufung der Landsturmleute des Jahrgangs 1869 zum Heeresdienst findet in Zukunft nicht wieder statt; ihre Zurückstellung vom Waffendienst kommt daher nicht mehr in Frage. Sie unterstehen aber dem Hilfsdienstgesetze und werden als Hilfsdienstpflichtige behandelt. Die vertragliche Beschäftigung des Jahrgangs 1869 im Bereich des Heeres ist zulässig.

Die Gefährlichkeit der Sauerstoffwaschmittel. Die sogenannten Sauerstoffwaschmittel, die in jüngster Zeit viel angepriesen und denen von ihren Erfindern und Erzeugern allerlei Vorzüge nachgesagt werden, sind „mit Vorsicht zu genießen". Bei ihrer Anwendung ist nicht nur der „Sauerstofffraß", das Entstehen von Löchern in den Stoffen, beobachtet worden, die Mittel können auch den Personen direkt gefährlich werden, die beim Waschen damit hantieren. Nach einem Gutachten des Direktors der Chemischen Untersuchungsanstalt der Stadt Leipzig, Professor Dr. Röhrig, das gelegentlich eines Prozesses wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen einen Fabrikanten eines solchen Waschmittels erstattet wurde, ist der wirksame Bestandteil dieser Mittel das Natriumsuperoxyd, das, mit Wasser zusammengebracht, Aetznatron bildet. Bei unsachgemäßem Umgehen mit dem Mittel — und sachgemäß kann es nur der Chemiker behandeln — sind mehr oder weniger schwere Verbrennungen und andere Verletzungen der mit dem Waschen beschäftigten Personen nicht ausgeschlossen, denn das Natriumsuperoxyd hat beim Hineinschütten ins Wasser eine explosive Wirkung, manchmal sogar unter Flammenbildung. Aeußerste Vorsicht ist also in jedem Falle dringend geraten! So ist es nicht ausgeschlossen, daß die Hände Brandverletzungen davontragen, ja, es ist vorgekommen, daß durch das explosive Aufspritzen des Wassers Teile davon in die Augen geschleudert sind, was sehr üble Folgen gehabt hat. Die Hausfrauen tun am besten, alle derartigen Waschmittel wegzulassen und sich zu behelfen, wie es eben geht.

Legitimationspapiere und Meldevorschriften für Eisenbahnreisende. Es ist bekannt, daß zum Schutz gegen die feindliche Spionagetätigkeit der Personenverkehr auf den Eisenbahnen unter besondere militärische Kontrolle gestellt ist. Reisende, die von den Ueberwachungsbeamten ohne ausreichende Legitimationspapiere betroffen werden, laufen Gefahr, von ihnen festgenommen und der nächsten Polizeiwache zugeführt zu werden. In seinem eigensten Interesse ist es daher jedem Reisenden, auch den deutschen Staatsangehörigen, worauf wir nochmals hinzuweisen ersucht werden, dringend anzuraten, sich für jede Reise mit ausreichenden, noch nicht abgelaufenen Legitimationspapieren zu versehen. Ungültig gewordene Pässe usw. werden von den Ueberwachungsbeamten den betreffenden Reisenden abgenommen. Für Ausländer, und zwar nicht nur für feindliche, sondern auch für neutrale und verbündete Ausländer bestehen außerdem für die Dauer der Kriegszeit besondere Meldevorschriften. Sie haben sich bei den Polizeibehörden ihres Wohnsitzes und der von ihnen besuchten Orte an- und abzumelden und sich diese Meldungen in ihrem Paß, den sie auf Reisen bei sich führen müssen, bescheinigen zu lassen. Unterlassen sie diese Meldung, so haben sie zu gewärtigen, daß Anzeige gegen sie bei der Staatsanwaltschaft erstattet wird und ihre Bestrafung erfolgt. Diese Bestimmung gilt auch für deutsche Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind, weil sie durch diese Eheschließung die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben.

Die Generalversammlung des Gemeinnützigen Bauvereins, G. m. b. H., die am Donnerstag abend im „Bürgerverein" tagte, war gut besucht. Der Jahresbericht des Vorstandes, auch die Bilanz und das Gewinn- und Verlust-Konto wurde genehmigt und dem Vorstande Entlastung erteilt. Eine längere Debatte entfesselte der Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates, statt der bisher üblichen 4 Prozent Dividende in diesem Jahre nur eine solche von 3 Prozent zu verteilen. Nach langem Hin- und Herreden, klaren und unklaren Ausführungen der Redner wurden dann mit kleiner Mehrheit 4 Prozent Dividende angenommen. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die nochmalige Beratung des mit dem Lübecker Staat abzuschließenden Vertrages über die Erbauung von 22 Kleinwohnungen in der Luisenstraße, wurde alsdann durch eine Erklärung des Vorstandes eingeleitet. Die strikte Ablehnung des Vertrages in der außerordentlichen Generalversammlung habe allseitig befremdet; die Aufgaben der Genossenschaft auch in ruhigen Zeiten könnten nur in gutem Einvernehmen mit der Landesversicherungsanstalt als Geldgeber und dem Lübecker Staat als Grundbesitzer gelöst werden. Wolle der Verein weiter gemeinnützig wirken, so müsse er jetzt, wo ein starker Wohnungsmangel herrsche, wenn auch nur in seinen Mitteln entsprechender bescheidener Weise eine Bautätigkeit aufnehmen. Das Bauen wäre jetzt zwar teuer, sehr teuer, aber der Staat wolle helfen und man solle sich die Sache doch noch einmal überlegen. Eine kleine Erhöhung der Mieten in den alten Häusern sei nicht zu umgehen, wenn die neuen Mieten für Arbeiter erschwinglich sein sollten. Der letzte Umstand, der in der früheren außerordentlichen Generalversammlung die Gemüter am meisten erregte und wesentlich zur Ablehnung des Vertrages beitrug, trat diesmal in der Debatte in den Hintergrund. Die Hauptschwierigkeit erblickte man jetzt in die Beschaffung des Baumaterials und in der Mangelhaftigkeit desselben. Die Bauhölzer sind nicht genügend ausgewässert, die Fußböden noch zu frisch, sie werden später eintrocknen, wegen Mangel an Oel könnten die Malerarbeiten nicht in gehöriger Weise erledigt werden, all diese Umstände bedingten späterhin große und kostspielige Reparaturen, die die Genossenschaft kolossal belasten würden; der Staatszuschuß müsse deshalb bedeutend erhöht werden. Es wurden 60 Prozent verlangt. Andere Redner, namentlich vom Vorstandstisch, rieten entschieden von einer derartigen hohen Forderung ab, wenn auch anzunehmen sei, daß die Befürchtungen betreffs der Reparaturen nicht ganz unbegründet seien. Schließlich einigte man sich auf 50 Prozent Staatszuschuß, auch solle der Staat die Kosten der Straßenanlage sowie deren Instandhaltung übernehmen. Der Vorstand wurde ermächtigt, unter Zugrundelegung dieser Aenderungen den Vertrag mit der Finanzbehörde abzuschließen. Die dann noch zu erledigenden Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat ergaben die Wiederwahl der bisher diese Aemter bekleidenden Herren. Für Rechtsanwalt Dr. jur. Schön, der leider im Kriege gefallen ist, wurde Rechtsanwalt Dr. jur. Schorer neu in den Aufsichtsrat gewählt. Unter „Verschiedenem" wurde eine mangelhafte Bauausführung der letzten Neubauten scharf kritisiert.

Ausreise französischer Zivilpersonen. Auf Grund der Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Regierung über Zivilpersonen vom 26. April 1918 kann den Zivilpersonen französischer Staatsangehörigkeit, die zu irgend einem Zeitpunkt seit Beginn der Feindseligkeiten interniert waren und später ermächtigt worden sind, frei in Deutschland zu leben, unter gewissen Bedingungen die Ausreise ausDeutschland gestattet werden. Die Zivilpersonen, die hiernach von der Ausreisemöglichkeit Gebrauch machen wollen, müssen spätestens bis zum 15. August 1918 ein schriftliches Gesuch an das für ihren Aufenthaltsort zuständige stellvertretende Generalkommando oder an die Königlich Spanische Botschaft in Berlin richten. In dem Gesuch sind anzugeben: 1. Name, Vorname, Geburtstag und Geburtsort; 2. Zeit und Ort der Internierung; 3. Zeitpunkt der Entlassung aus der Internierung; 4. Wohnort oder ständiger Aufenthaltsort vor dem Kriege; 5. Ort, wohin sich die Zivilperson zu begeben wünscht.

Verkehr mit Holzschuhen und Holzsandalen. Der § 6 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Holzschuhen und Holzsandalen vom 4. Mai 1918, wonach diese Schuhwaren in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise durch Stempelaufdruck die zugeteilte Herstellernummer, den Kleinhändlerverkaufspreis, den Monat und das Jahr der Auszeichnung und die Größennummer enthalten müssen, und wonach es verboten ist, Schuhwaren, bei denen die Auszeichnung fehlt, in den Verkehr zu bringen, tritt erst am 20. Juni ds. Js. in Kraft.

Die baldige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen aus verschiedenen Metallen betrifft eine erneute Bekanntmachung des hiesigen Polizeiamtes im Anzeigenteil unserer heutigen Ausgabe, auf die wir hiermit aufmerksam machen.

Eine neue Verordnung über den Verkehr in Seebädern, Kurorten und Sommerfrischen ist im Korpsverordnungsblatt des stellv. Generalkommandos 9. Armeekorps erschienen, auf die wir diejenigen, die eine Sommerreise zu machen beabsichtigen, hierdurch besonders aufmerksam machen.

Kartoffeln. In gegebener Veranlassung wird darauf hingewiesen, daß sämtliche Abschnitte der lila Kartoffelkarte bereits jetzt zum Bezuge von Kartoffeln berechtigen. Wer von dieser Berechtigung Gebrauch macht, kann sich also bis zum 14. Juli mit Kartoffeln versorgen. Von dann ab werden voraussichtlich neue Kartoffeln in genügender Menge auf den Markt kommen, sodaß also jedermann seinen Bedarf bis zur neuen Ernte schon jetzt sichern kann.

Spargel. Das für das Wachstum des Spargels besonders günstige Wetter der letzten Zeit hat so große Mengen auf den Markt gebracht, daß der Absatz zeitweilig stockte. Infolgedessen sind die Preise ganz erheblich unter die Höchstpreise gesunken, und es Spargel 1. Sorte bereits mit 75 Pfg. in den Ladengeschäften käuflich. Es kann deshalb den Verbrauchern nur dringend angeraten werden, die günstige Gelegenheit auszunutzen und Spargel in reichlichem Maße zu kaufen, sei es zum sofortigen Verbrauch, sei es zum Einwecken. Ein Umschlag der Witterung kann bewirken, daß die Preise ganz erheblich wieder in die Höhe schnellen werden.

Der ungetreue Postillon. Am 15. d. Mts. hat ein ungetreuer Postillon sich ein am selben Tage beim Postamt 3 aufgeliefertes gewöhnliches Paket, dessen Inhalt aus Kuchen bestand, angeeignet und den Inhalt verzehrt. Die Verpackung bestand aus einem weißen Schuhpappkasten mit einer Umhüllung aus grauem Papier. Der unbekannte Abtender wird aufgefordert, sich beim Postamt zu melden.

Im Hansa-Theater erzielte gestern die für Lübeck neue Operette „Liebe im Schnee" von Benatzki einen starken Publikumserfolg. Der Text handelt von einer Liebesgeschichte zwischen einer Prinzessin und einem Kammersänger, die den zweiten Akt sehr sentimental beschließt, da besagte Prinzessin einem ungeliebten aber standesgemäßen Dritten die Hand zur Verlobung reicht. Die Musik, deren Wert nicht erheblich ist, weist eine ganze Anzahl der beliebten „Schlager" auf, von welchen viele Leute gar nicht genug bekommen können; einzelne davon wurden gestern zwei- und dreimal verlangt! Man muß den Mitwirkenden nachsagen, daß sie sich ehrlich um den Erfolg bemühten. Frl. Ventori macht in Prinzessinnenrollen immer eine gute Figur, und dabei leistet sie auch Erfreuliches im Gesang und Spiel. Direktor Hagen war als Kammersänger ein gewandter Darsteller, der auch gesanglich erfolgreich wirkte. Frl. Heine war eine kecke und übermütige Favoritin des Fürsten. Ob die Worte der Operette „Liebe im Schnee hat nicht Bestand" auch auf das Stück selbst Anwendung finden, wird sich zeigen. Vorläufig wird diese „Liebe im Schnee" wohl Zugkraft ausüben. Bemerkt sei noch, daß einstündige Pausen auch über das Maß dessen, was man Geduldigen bieten darf, hinausgehen.

Schichtls Marionetten-Spiele Deutscher Künstler, die hier ab Freitag abend im Marmorsaal auf kurze Zeit den Zuschauern eine Freude bereiten sollen, haben in vielen Großstädten lebhafte Bewunderung und großen Zuspruch gefunden. So schreibt darüber unser Hannoversches Parteiorgan: „Es ist schwer zu sagen, was man mehr loben soll: Diese vortreffliche Aufmachung des Ganzen — eine kleinere Bühne ist in die größere hineingebaut und zeigt Bühnenbilder, die mancher größeren als Muster dienen könnten —, oder die humorvolle, quellfrische Gestaltung der Handlung in den einzelnen Szenen und Bildern, oder endlich die verblüffende technische Exaktheit, vermöge deren sich die Marionettenfiguren fast genau so, ja manchmal noch viel besser als richtige Menschen von Fleisch und Blut bewegen und benehmen. Alles deutet darauf hin, daß hier ein ebenso feinsinniges künstlerisches Empfinden wie technische Genialität und echter Humor zusammengearbeitet haben und nun als Lohn ihrer Hingabe an die Sache auch den vollsten Erfolg verzeichnen können. Gespielt wird zuerst die große Ritter- und Zauber-Komödie „Kasperl als Graf" von dem bekannten Marionettendichter Graien Pocci. Szenen wie die zweite, die in einer Hexenküche spielt, und die dritte, in einem Zauberwalde vor sich gehende, wird wohl so leicht niemand vergessen. Sodann gibt es das Puppenspiel: „Hans, der das Gruseln lernen wollte". Da könnte wirklich einer das Gruseln lernen, so ungemein echtschauerlich kommt da allerlei vor, was gar nicht so ohne ist . . . Endlich werden noch in sechs Einzelbildern Kunst-Marionetten vorgeführt, worunter besonders das Konzert, die chinesischen Tänzer, das Originalmärchen aus 1001 Nacht und Kasperles Abenteuer in Amerika Bewunderung und schließlich schallende Heiterkeit erwecken. Kurzum, es ist eine Darbietung, die wegen ihrer Originellität und wegen ihres Stimmungsreizes verdient, allgemein beachtet zu werden. Der Besuch sei jedermann, besonders aber der jungen Welt empfohlen.

Schwartau. Achtung, Parteigenossen! Am Freitag abend findet eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Gasthof Transvaal statt. Da auch die wichtige Frage der Beitragserhöhung auf der Tagesordnung steht, ist das vollzählige Erscheinen der Mitglieder notwendig.

Ahrensburg. Ueber den Mord an dem Amtsdiener Dreißig erfährt der „Oldesloer Landbote" noch folgendes: Auf dem Hofe Meilsdorf, der zum hiesigen Gute gehört, war auf einer Weide ein Stück Vieh abgeschlachtet, von dem das Fleisch mitgenommen, Fell und Eingeweide aber am Tatorte zurückgelassen waren. Mit der Möglichkeit rechnend, daß die Diebe nochmals kommen könnten, erbat der Verwalter des Hofes die Hilfe des Polizeibeamten, um die Täter zu überraschen. Dreißig begab sich deswegen am Freitag abend gegen 10 Uhr nach Meilsdorf. Da er jedoch nicht zurückkehrte, suchte man die Gegend nach ihm ab. Erst am ersten Pfingsttage fand man die Leiche auf einer moorigen Wiese hinter einem Knick in der Erde verscharrt. Dreißig ist erschossen worden. Die Kugel ist in die Brust gedrungen, aus dem Rücken wieder herausgekommen und in einem Arm stecken geblieben. Offenbar ist aber die Kugel nicht tödlich gewesen, man hat ihm daher noch einen Schlag mit einem harten Gegenstande an die Stirn versetzt, wie eine Wunde erkennen läßt.

Hamburg. Ertrunken. Mittwoch nachmittag ist der elfjährige Knabe Karl Hintze aus der Friedensallee in Ottensen beim Baden in der Elbe ertrunken. Der Knabe hatte sich an einem Boot festgehalten und sich so mit in den Strom ziehen lassen, um wieder zurückzuschwimmen. Er wurde jedoch vom Strom erfaßt und konnte das Ufer nicht wieder gewinnen. Er ging unter, ehe Hilfe kommen konnte.

Rostock. Ein Entführer deutschen Geldes vor Gericht. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich ein Kaufmann M. H. aus Charlottenburg wegen Entführung Hunderttausender von Mark deutschen Geldes nach dem Auslande zu verantworten. H. hatte ohne Erlaubnis der Reichsbank deutsches Geld nach Schweden und Dänemark gebracht und dort veräußert. Gleichfalls hat er Rubelnoten im Werte von vielen Hunderttausenden heimlich nach Deutschland eingeführt und hier verkauft. Die Wechselgeschäfte betrieb er mit hohem Gewinn. Er wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Betrag von 220 000 Rubel, der bei ihm vorgefunden wurde, wurde vom Gericht beschlagnahmt.

Friedland. Zwei Personen beim Baden ertrunken. Im nahen Pastowschen Gute Staven waren Dienstag in der Mittagsstunde zwei dort beschäftigte Schweizer im Alter von etwa 20 Jahren zum Baden gegangen und hatten sich zu weit in den Dorfteich hineingewagt. Dem einen jungen Menschen versagten plötzlich die Kräfte, und er drohte zu versinken. Bei dem Rettungsversuch wurde der zweite junge Mensch von dem Ertrinkenden mit in die Tiefe gerissen. Beide sind ertrunken, da Hilfe nicht zur Stelle war.

Der Ernst der Zeit

macht es jedem zur Pflicht, eifrig zu werben für den

Lübecker Volksboten

und für die

Sozialdemokratische Partei

Werbet Abonnenten und Mitglieder!

Kommunales.

20 Millionen Mark für Kleinwohnungen. Zur Beschaffung von Wohnungen nach dem Kriege beabsichtigt die Stadt Leipzig eine Baugesellschaft zu begründen, die mit einem eigenen Kapital und auf eigenem Grund und Boden die notwendigen Wohnungen herstellt. Um dem Baubedürfnis bis Ende 1919 zu genügen, würde es sich in Leipzig um die Herstellung von rund 2000 Kleinwohnungen handeln, und dazu würde wahrscheinlich ein Kapital von mehr als 20 Millionen Mark erforderlich sein. Neben dieser Regiebautätigkeit soll vor allem auch die Privatbautätigkeit belebt werden. Die Stadt will, wie die „Leipz. Neuesten Nachr." erfahren, zu diesem Zwecke eine Genossenschaft begründen, welche einen Bürgschaftsfonds bildet und die Bürgschaft für die zweiten Hypotheken übernimmt, die private Bauunternehmer aufnehmen. In Sachsen beträgt das Manko an Wohnungen 40—50 000, im Reiche 750 000.

Neueste Nachrichten.

Die Krim und die Ukraine.

Wien, 23. Mai. Nach einer Kiewer Meldung sprach sich der ukrainische Ministerrat für die Angliederung der Krim an die Ukraine aus. (Berl. Tagebl.)

Japan, China und Amerika.

Im Washingtoner Staatsdepartement wird gesagt, das Einverständnis zwischen Japan und China sei nur für die Zeit des gegenwärtigen Krieges gedacht und stelle lediglich eine Schutzmaßnahme von defensivem Charakter dar. Das Departement glaubt nicht, daß dieses Uebereinkommen die Vereinigten Staaten direkt berühre. Im gegenwärtigen Augenblick sei das Staatsdepartement nicht geneigt, nach den Motiven zu fragen, die die beiden Ostmächte veranlaßt haben, ihre Anstrengungen zur Abwehr jeder möglichen Gefahr zu beschleunigen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten

Baldige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen aus verschiedenen Metallen.

(Siehe Korpsverordnung vom 26. 3. 18 nebst Ausführungs-Verordnung Nr. 5. Lübeckische Anzeigen Nr. 143.)

Mit dem 31. ds. Mts. läuft die Frist für die Ablieferung der in Reihe I des Beschlagnahme-Verzeichnisses aufgeführten Gegenstände ab. Es handelt sich im Großen und Ganzen um diejenigen Gegenstände, die zum Zweck der Ablieferung vom Besitzer selbst frei gemacht werden können und für die ein Ersatz nicht unbedingt erforderlich ist. Die Bevölkerung wird davor **„gewarnt"**, die Ablieferung bis zum letzten Tage hinauszuzögern.

Jeder Haushalt und Gewerbebetrieb hat im Wege der Umteilung eine Mitteilung, betreffend Eigentums-Uebertragung auf den Reichs-Militärfiskus, erhalten, worin jedem Einzelnen der Tag angegeben ist, an welchem sein Erscheinen, um Anhäufungen zu vermeiden, erwünscht ist.

Wer seine Zeit nicht eingehalten hat, hole die Ablieferung möglichst bald nach.

Lübeck, den 21. Mai 1918. (2416

Das Polizeiamt.

Vereine vom Roten Kreuz.

Geschäftsstelle der 2412

Abteilung für Liebesgaben und der Nähstube

jetzt Große Petersgrube 4.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter herzensguter Mann, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Sanitäter

Heinrich Beth

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und des Oldenburgischen Verdienstkreuzes,

im blühenden Alter von 31 Jahren am 9. Mai uns von den mörderischen Kugeln im Westen entrissen worden ist.

In tiefstem Schmerze seine untröstliche Gattin

E. Beth geb. Weidel,

seine lieben Eltern, Schwiegereltern, Schwester, Bruder, Schwager, Schwägerinnen und alle Angehörigen.

Die Freude deiner Wiederkehr
War nicht vergönnt den Deinen,
Und mögen auch die Lieben Dein,
Dich noch so sehr bewinnen.
Du sankst dahin wie Rosen sinken,
Wenn sie in voller Blüte stehn,
Und heiße, bittre Tränen fließen,
Weil Du so mußtest von uns gehn.
Du schriebst uns jeden Tag auf Wiedersehn,
Doch dieses kann nicht mehr geschehn.
Du ruhest jetzt in ew'gem Frieden,
Doch nie vergessen von Deinen Lieben.

Kronsfelde, den 26. Mai 1918. 2419

Sozialdemokrat. Verein Lübeck.

(Verspätet gemeldet.)
Am Freitag verstarb unser guter Genosse

Max Fehse.

Ehre seinem Andenken.
2426 Der Vorstand.

Für alle Liebe und Teilnahme beim Tode meines lieben Mannes danke herzlich (2422

Frau C. Fehse Ww.

Wakenderstr. 30.

Ia. Tafeleinf. 2400
H. Ehlers Ww., Gr. Altefähr 9.

Erdarbeiter gesucht.

Baustelle Moislinger Brücke.

2411 **Bauamt, Abt. Tiefbau.**

Wir suchen für unseren Betrieb

ungelernte Arbeiter und Platzarbeiter, auch Arbeiterinnen

in größerer Zahl, ferner (2420

Dreher,
Schlosser,
Lokomotivführer,
Rangierer,
Heizer,
Rottenführer und Rottenarbeiter.

Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Gesucht zum sofortigen Antritt

tüchtiger Maurer

und

Zimmermann.

Schwartauer Honigwerke u. Zuckerraffinerie A.-G.
Bad Schwartau. (2413

Gesucht zum 1. Juni

sauberes Alleinmädchen

für ruhigen Haushalt. Waschfrau wird gehalten.
2418) Königstr. 48a, II.

Gr. Holzkoffer, Hutschachtel, Wringmaschine, Stiefelknecht, Bücherbort, gr. Tabl., Jslam. Gaskrone, gesch. kleine Truhe zu verk. Charlottenstr. 30. (2407

Lustige Blätter

Durch wundervolle Bilder und packenden Text das humoristische Leibblatt aller Feldgrauen und Daheimgebliebenen!
Feldpost- und Probe-Abonnemente monatlich nur Mark 1,60
bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.
Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.

Für die anläßlich unserer silbernen Hochzeit uns in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. (2417

Wilh. Frederstorf u. Frau
Cath. geb. Rauert.

Volksbrausebad.

Lübecker gemeinnütziger Bauverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Ludwigstraße 75.
Für Frauen wieder Freitags geöffnet. (2420

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (2408

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca.

Feldpostkartenbriefe

sind vorrätig.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co
Johannisstraße 46.

Bilderleisten einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlg
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"
Johannisstraße 46.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Mitglieder-Versammlg

am Freitag, dem 24. Mai
abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn W. Hilprecht
(Gasthof Transvaal).

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
2414) **Der Vorstand.**

Marmorsaal. Schichtl's
singende, tanzende u. sprech.
Marionetten
Feenhafte Dekorationen.
Täglich ab Freitag 4 Uhr und 8 Uhr:
Graf Kuno.
Zaubermärchen in 5 Akten sowie die berühmten **Kunst-Marionetten.** 2401
Vorverkauf an der Kasse.

Hansa-Theater.
Operetten-Gastspiel. (2415
Heute abend 8 Uhr:
Liebe im Schnee.
Operette in 3 Akt. v. Benatzky.

Der neue Kriegs-Atlas

bedeutend erweitert, jetzt 66 Karten von allen Kriegsschauplätzen sowie von den neugebildeten Staaten im Osten ist wieder vorrätig. Preis Mk. 1.50.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Nr. 118
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 23. Mai 1918

Die gelbe Gefahr für die Privatangestellten.

Die Zahl der organisierten Privatangestellten war bereits in der Friedenszeit verhältnismäßig groß, denn wenn man alle Verbände der Handlungsgehilfen, Techniker, Bureauangestellten, Güterbeamten, Bühnenangestellten und der übrigen Gruppen zusammenfaßt, so umfaßten die Organisationen rund eine Million Mitglieder. Trotz dieser bemerkenswerten Mitgliederstärke war die gewerkschaftliche Kraft noch unbedeutend, da die große Mehrheit die Anwendung irgendwelcher gewerkschaftlicher Kampfmittel ablehnen zu müssen glaubte. Diese grundsätzliche Auffassung, wird zwar auch heute noch von den großen Handlungsgehilfenvereinen programmatisch vertreten; dennoch ist nicht zu verkennen, daß die Angestelltengewerkschaften unter dem außerordentlich schweren wirtschaftlichen Druck, der seit Kriegsbeginn auf den Kopfarbeitern lastet, immer mehr an Bedeutung gewinnen. Auch die kaufmännischen Harmonieverbände werden von ihren Mitgliedschaften dazu gedrängt, in der Gehaltsfrage etwas zu unternehmen und den Weg der solidarischen Selbsthilfe zu beschreiten. Die Gehaltsaktionen in den Industriebetrieben, die vor dem August 1914 lediglich vom **Bund der technisch-industriellen Beamten**, dem **Zentralverband der Handlungsgehilfen**, dem **Verband der Bureauangestellten** und dem **Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten** gepflegt worden waren, werden heute an großen Industrieplätzen wie Berlin von der Gesamtheit der Verbände getragen. Die Aufstellung von Mindestgehaltstabellen durch die „Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände" zeigt, daß die Gehaltsfrage nicht mehr als Privatsache des einzelnen Angestellten betrachtet werden kann, sondern die kollektive Regelung sich auch dort durchzusetzen beginnt.

Den Unternehmern ist diese Entwicklung nicht unbekannt geblieben; sie fürchten das Erstarken der gewerkschaftlichen Angestelltenmacht, und man muß es ihnen lassen, daß sie nichts unversucht lassen, um rechtzeitig ihre Rüstungen zu treffen. Zunächst wird beharrlich jede Verhandlung und damit jede Anerkennung der Organisationen verweigert. Darüber hinaus erfinden die Sekretäre der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände fast täglich eine neue Dienstvertragsklausel oder irgendeine geheime Vereinbarung, um das Ansteigen der Gehälter und das erfolgreiche Wirken der Angestelltenausschüsse gewaltsam zu verhindern. Nach dem althewährten Rezept von Zuckerbrot und Peitsche fehlt es aber auch nicht an Versuchen, die gesinnungstüchtigen Angestellten von den „verhetzten" Kollegen abzusondern und sie in besonderen sogenannten Beamtenvereinen fernzuhalten, die als Schutztruppe gegen die unabhängigen Angestelltenverbände Verwendung finden sollen.

Angesichts der ungenügenden gewerkschaftlichen Schulung weiter Kreise von Industrieangestellten wurde die große Gefahr dieser Werkvereine jahrelang nicht erkannt. Man freute sich der gemeinschaftlichen Einkaufseinrichtungen für Kohlen, Lebensmittel, die dort geboten wurden, und beteiligte sich an all den Vergnügungen, die unter dem Protektorat der Direktoren veranstaltet werden konnten. Erst gelegentlich der Wahlen zu den Angestelltenausschüssen im Jahre 1917 mußten auch die harmlosesten Gemüter erkennen, daß diese Kegelvereine der Werke plötzlich Interesse für soziale Fragen zeigten und einen leidenschaftlichen Wahlkampf gegen die Angestelltenorganisationen eröffneten.

Je mehr sich dann im Verlaufe des Krieges die Verbände der kaufmännischen und technischen Angestellten zu großen Arbeitsgemeinschaften zusammenschlossen, um so lebhafter wurde auch bei den Führern der gelben Beamtenvereine das Bündnis, auch ihrerseits einen Zusammenschluß der einzelnen Werkvereine zu einer Reichsvereinigung herbeizuführen. In den Sommermonaten 1917 konnte bereits ein Gründungsplan bekanntgegeben werden, der von einem Dr. Görnand, Direktor des Deutschen Privatbeamtenvereins Magdeburg, ausgegangen war. Diese Gründung ist infolge der damaligen viel beachteten öffentlichen Kritik nicht ganz in die Bahnen gelangt, die sich die Gründer vorgezeichnet hatten. Damit war der Plan selbst aber keineswegs aufgegeben. Vielmehr fing der gelbe „Verein der Kruppschen Beamten" um so intensiver an, von Essen aus seine Saugarme auszustrecken, um eine Zentralisierung aller Beamtenvereine zu schaffen. Es ist dem Essener Verein leider gelungen, hier und dort auch Angestelltenausschüsse zu veranlassen, an der Gründung weiterer gelber Vereine mitzuhelfen. Das starke Interesse der organisierten Unternehmer an dem Ausbau der gelben Angestelltenbewegung ergibt sich aber neuerdings auch daraus, daß innerhalb der Gelben den Krupp-Leuten bereits die Führerschaft strittig gemacht und jetzt von Hamburg aus eine zweite Sammlung und Zentralisierung der Gelben in die Wege geleitet wird. Die Zentralstelle ist die Schriftleitung „Die Hanse", die von einem früheren Mitglied des „Vereins für Handlungskommis von 1858" herausgegeben und von einer Reihe großer Unternehmungen der Industrie, des Versicherungs- und des Bankwesens durch zahlreiche und ständige Inserate subventioniert wird. Am Kopfe dieses weltverbessernden Blattes ist zu lesen:

„Die Hanse." — Volkswirtschaftliche und sozialpolitische Stimmen der Gegenwart. — Die Hanse tritt ein für eine wirtschaftsfriedliche Angestelltenbewegung, den Schutz des Kapitals und der schaffenden Stände durch Förderung der Unternehmertätigkeit: Handel, Industrie, Schiffahrt und Versicherungswesen. Sie bekämpft den Staatssozialismus und alle Hemmungen einer freien wirtschaftlichen Entwicklung. — Herausgeber: Moritz Müller, Hamburg 20.

Das Blatt wird trotz aller Papiernot den Industrieangestellten unbestellt und regelmäßig geliefert. Es muß auch zugegeben werden, daß diese gelbe „Aufklärungsarbeit" mit einer unverkennbaren Systematik betrieben wird. Seit etwa einem halben Jahre werden in einer Serie von Leitartikeln der „Hanse" die wesentlichen Gesichtspunkte des wirtschaftsfriedlichen Programms eingehend behandelt. Zunächst wurde an das „Standesbewußtsein" der Angestellten appelliert, um sie von einer Eingliederung in die Klasse der Lohnarbeiter abzuhalten. Dann wird beklagt, daß die „alten guten Begriffe vom Mitarbeitsverhältnis" des Angestellten durch die gewerkschaftlichen Verbände immer mehr verschwommen gemacht werden. Aufgabe der „Hanse" wird es sein, das Verlorene zurückzugewinnen. Vom Standpunkte der allgemeinen Volkswohlfahrt beschwert sich die „Hanse" weiter über die falsche Rücksichtnahme der Regierung auf die freien Gewerkschaften und die Ausschaltung der Werkvereine anläßlich des Hilfsdienstgesetzes, wie überhaupt in der Kriegszeit. Die gewerkschaftlichen Forderungen bedeuten nach Ansicht der „Hanse" „ein Rütteln an den Grundfesten des Nationalwohlstandes und der Privatwirtschaft". Da aber das Schwenken des roten Lappens nicht mehr genügend zieht, so richten sich die folgenden Aufklärungsartikel an das Persönlichkeitsbewußtsein der Angestellten. „Der verhängnisvolle große Fehler," so dozierte Herr Moritz Müller, „den wir gemacht haben, ist der, daß alle im Bereich der sozialen Möglichkeiten liegenden Gefahren im Wege der Massengleichung von Staat und Gesellschaft beseitigt werden sollen." Die Wirtschaftsfriedlichen fühlen sich berufen, bei den Angestellten den Individualismus zu retten. Nebenher wird dann zur Abwechslung an den großen Handlungsgehilfenverbänden Kritik geübt, weil sie sich von den gewerkschaftlichen zu sehr ins Schlepptau nehmen ließen.

Nachdem auf solche Weise vorgearbeitet worden war, wurde schließlich Mitte folgender Aufruf verbreitet:

Aufruf.

Die wirtschaftsfriedliche Angestelltenbewegung.

Für Kaiser und Reich; für Wirtschaftsfrieden und Persönlichkeitsfortschritt: für die Freiheit und Wohlfahrt der Unternehmung. Unter dieser Losung ist eine neue Angestelltenbewegung im Deutschen Reiche im Entstehen begriffen, die sich die wirtschaftsfriedliche nennt. Entsprungen der Erkenntnis, daß die radikale Lösung der sozialen Fragen aus dem Dienstvertrag nach dem Muster der sozialdemokratischen Gewerkschaften für die Angestellten eine Gefahr bedeutet, und durchdrungen von der Ueberzeugung, daß nur die Erhaltung des sozialen Friedens und eine freundschaftliche Verständigung mit den Prinzipien unter Ausschaltung des Staatssozialismus und des Verbandsterrorismus zum sozialen Fortschritt führt, hat sich die wirtschaftsfriedliche Angestelltenbewegung zur Aufgabe gestellt, all diejenigen kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten unter ihre Fahnen zu sammeln, die diese Grundsätze anerkennen und entschlossen sind, die Gewaltpolitik der radikal gerichteten Angestelltenverbände abzulehnen.

Es ergeht daher an alle Freunde unserer Bewegung, die Angestellten und Prinzipale, die ernste Mahnung, uns ihr Interesse und ihre Förderung angedeihen zu lassen. Noch ist dieselbe im Werden und in der Anfangsentwicklung; von dem Maße des Interesses, welches ihr zugewandt wird, hängt ihr Fortschritt ab. Aber sie gehört zu jenen Erscheinungen, die trotz ihrer inneren Berechtigung nicht wieder von der Bildfläche verschwinden, wenn sie einmal entstanden sind, und darum gehört ihr die Zukunft.

Was von ihr vorhanden ist, sind lokale Vereinigungen — sogenannte Beamtenvereinigungen — in einzelnen Betrieben und Werken; und weiterhin die große Zahl jener Angestellten, die abseits der radikalen Verbände stehen und nur das Bestreben kennen, in Eintracht mit ihren Prinzipalen am Wohl ihrer Zukunft zu arbeiten.

Diesen Kreisen gilt es, die innere Ueberzeugung durch geeignete Mittel zu stärken, sie nach außen hin mit dem wissenschaftlichen Rüstzeug auszustatten, womit sie ihre Stellung behaupten können und so allmählich das Fundament für den späteren Zusammenschluß in einem Verbande der wirtschaftsfriedlichen Angestellten zu legen, der neben den anderen Verbänden auch von der Regierung als gleichberechtigter Faktor bei der Entscheidung über soziale Fragen anerkannt werden muß.

In den Dienst dieser Bewegung hat sich

„Die Hanse"

Volkswirtschaftliche und sozialpolitische Stimmen der Gegenwart

Hamburg 20, Woldsenweg 4

gestellt. Sie hat die Aufgabe übernommen, die verstreuten Kräfte zu sammeln und eine zielbewußte Politik einzuleiten.

Treue gegen Treue, Verständigung mit den Unternehmern im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten: so hofft die wirtschaftsfriedliche Angestelltenbewegung ihr Ziel zu erreichen zum Wohle aller beteiligten Kreise.

Inzwischen scheinen nun auch die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen in Vorbereitung genommen zu sein. Neben der publizistischen soll nunmehr die rednerische Tätigkeit beginnen, für die gleichfalls Herr Moritz Müller zur Verfügung gestellt wird. Das nächste Ziel ist, die Werkvereine zu Ortsvereinen zusammenzufassen usw. Um dem Vorwurf zu begegnen, daß die Gelben ihre Angelegenheiten nicht selbständig erledigen, sondern im Unternehmerfolde ständen, will man trotz des Kardinalsatzes einer freundlichen Verständigung mit den Prinzipalen, die Dienstnehmer „einseitig" organisieren. Diese Organisationsform liegt ja bekanntlich auch den nationalen Werkvereinen zugrunde.

Es ist somit alles tadellos eingefädelt, um den Seelenfang unter den Privatangestellten zu beginnen. Ob die Kruppschen von Essen aus, oder die Hansen von Hamburg aus den Vogel abschießen werden, läßt sich noch nicht voraussagen. Betriebskapital steht wohl beiden zur Genüge zur Verfügung. Für die denkende Angestelltenschaft kann es schließlich auch gleichgültig sein, welches der künftige Sitz der wirtschaftsfriedlichen Angestelltenvereine werden wird. Für sie kommt es nur darauf an, die gelbe Gefahr rechtzeitig zu erkennen, um durch die Stärkung der gewerkschaftlichen Verbände eine kraftvolle Abwehrliga zu schaffen.

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

80. Fortsetzung.

Die ganze Gemeindevertretung trat bald bei ihm ein, und der Obmann frug Diethelm geradezu, ob es wahr sei, daß er, wie der Waldhornwirt gesagt, vom Dorfe wegziehen wolle.

Diethelm gab ausweichenden Bescheid, denn er erkannte plötzlich, daß die Ehrenbezeigung nicht pure Huldigung war; man wollte ihn mit seinem Vermögen im Dorfe fesseln. Der Obmann erklärte, daß man mit der Schultheißenwahl auf ihn gewartet habe, er werde einstimmig gewählt, wenn er willfahre. Diethelm machte noch einige scheinbare Widersprüche, daß er jetzt viel mit Ordnung seiner Angelegenheiten zu tun habe und dergleichen; auf vieles Zureden gab er indes nach, er fühlte doch erst im Dorfe und sozusagen in den niederen Stuben recht deutlich das Maß seiner Größe, und ihn erquickte der Gedanke, nun ein festes Ehrenamt zu bekleiden, bei dessen jedesmaliger Benennung ihm stets klar vor Augen liegen mußte, in welchem Ansehen er stand und wie kein Makel an ihm haste. Er bedurfte dessen jetzt doppelt, denn seitdem er wieder ins Dorf zurückgekehrt war, fühlte er sich so bang, als ob ein Gespenst ihm auf dem Nacken sitze und ihn bei allen Ehrenbezeigungen auslache und heimlich zwicke und quäle. Und doch wollte er erst, wenn alles vergessen war und seine Fränz sich verheiratet hatte, das Dorf verlassen; vorher schien es ihm verdächtig.

Ein großer Haufe Geld, wie ihn bar das Dorf noch nie gesehen hatte, kam andern Tages an, es war die volle Versicherungssumme für die Fahrnis. Der überbringende Kaufmann Gäbler war voll Unterwürfigkeit gegen Diethelm und empfahl sich ihm zu jeglicher Vermittelung. Nun ging es an ein Abwickeln der Schulden und zwischen hinein an Uebernahme der Erbschaft vom Kohlenhof, und im Waldhorn war allzeit ein reges Leben. Das Haus selbst, das in der Staatsbrandkasse versichert war, wurde erst zur Hälfte bei Beginn und zur anderen Hälfte bei Vollendung des Wiederaufbaues bezahlt. Diethelm ließ schon im Winter Steine brechen und fahren und verschaffte dem Dorf und der ganzen Umgegend gesegneten Verdienst in einer sonst kahlen Zeit; aber weder er selbst noch Martha besuchten je die Brandstätte, nur Fränz war mehrmals dort gewesen. Es schien alles wohl zu gehen, nur Martha klagte viel über das Leiden in ihrer rechten Hand; die Mittel des oft herbeigerufenen Arztes verschlugen nicht, der Daumen, Zeige- und Mittelfinger waren wie abgestorben, leichenhaften Ansehens. Der Arzt behauptete, diese Finger seien durch zu eifriges Spinnen mit der Spindel abgetötet, und Diethelm bestätigte, daß ihm seine Mutter oft erzählt habe, Spindeln seien giftig; aber seine Frau habe nie nachgegeben und am Rädchen spinnen lernen wollen. Er klagte nun auch, nachdem er Frau und Tochter fortgeschickt, sein eigen Leid, wie es ihm stets mitten im Körper so kalt sei und es ihn innerlich stets friere, wenn er am Ofen sitze und fast verbrate. Der Arzt bedeutete, daß das vielleicht ein innerlicher Rheumatismus sei und daß es sich gerade schicke, Frau Martha müsse im nächsten Sommer nach einem warmen Bade und der Herr Diethelm auch.

Als Diethelm diese Botschaft seiner Frau verkündete, sagte sie: „Der Doktor versteht mein Uebel nicht, aber ich versteh's. Sei nur nicht bös, ich muß es aber doch zu einem Menschen sagen: guck, mir sind just die drei Finger abgestorben, mit denen ich einen falschen Eid geschworen hätte, wenn ich hätt' schwören müssen."

„Du? Wo denn?"

„Ich hätt' vor Gericht geschworen, daß nie vom Anzünden zwischen uns die Rede gewesen ist, ich hab' gemeint, ich bring' dich damit in Ungelegenheiten, wenn ich's sag."

„Dummes Zeug, das hättest du wohl auch mit einem Eid sagen können, ich hab' noch ganz andere Sachen zu Boden geschlagen," polterte Diethelm; als er aber das schmerzzuckende Antlitz seiner Frau sah, setzte er begütigend hinzu: „Red' dir nur nichts ein von einem falschen Eid, du hast ja gar nicht geschworen, und hättest du auch, wär's auch nicht falsch gewesen, du hast ja bloß etwas verschwiegen, und wenn alle Menschen, die falsche Eide geschworen haben, tote Finger bekämen, es gäb' wenige, die eine Prise nehmen könnten."

Martha schwieg, ein schwerer Gedanke stieg in ihr auf, den sie aber mit aller Macht bannte. Wie verwildert, wie jähzornig und bald wieder so viel alleinredend war ihr Mann!

Mehr als je standen diese Menschen in Reichtum und Ueberfluß, aber Kummer und Schmerz verließ sie nie — Martha konnte nichts mehr arbeiten und wurde immer trübsinniger, tagelang saß sie in sich zusammengekauert und betrachtete stieren Blickes die toten Finger an ihrer rechten Hand; nur Fränz war glücklich, zumal da sie hörte, daß man im Sommer nach dem Bade reiste, und zwar gerade nach dem Orte, wohin der Amtsverweser versetzt war.

Martha hatte insgeheim und durch dritte Hand dem alten Schäferle manche Gabe zukommen lassen, aber er wies alles zurück; er war den ganzen Tag beim Abräumen des Schuttes und suchte nach den Gebeinen seines Sohnes, von denen er nichts fand als den halbverbrannten Schädel und ein Stück des Oberarmes.

Martha wagte es eines Abends, den verlassenen Mann aufzusuchen.

„Ich will nichts von Euch," rief der alte Schäferle der Eintretenden entgegen.

„Aber ich will was von dir," entgegnete Martha, „da sieh, was ich für tote Finger hab'. Du mußt mir helfen."

Der alte Schäferle, dessen geheime Kunst aufgefordert war, die er an seinem Vater, an Freund und Feind zu üben versprochen hatte, näherte sich, wenn auch langsam, betrachtete die Hand lange, hauchte dreimal darauf und murmelte dabei unverständliche Worte. Martha bewegte schon die Finger besser auf und zu, und der Schäferle sagte: „Der Hund da, der Paßauf, kann Euch helfen. Laßt ihn nur bei Euch im Bett schlafen."

Martha wehrte sich gegen dieses Mittel, gerade der Hund der verbrannten Medard war ihr ein Schrecken, und sie dachte nicht, daß ein anderer kurzhaariger ebenso dienlich gewesen wäre; sie verstand sich eher zu den anderen Mitteln, die darin bestanden, Turteltauben im Zimmer zu halten und im Neumond drei Blutstropfen aus den drei Fingern auf Baumwolle aufzufangen und solche in eine junge ab dem Wege stehende Weide einzuspunden.

In der Tat wurde Martha von nun an viel belebter und heiterer, und sie riet oft ihrem Manne, wegen seines Fröstelns den alten Schäferle zu befragen, ja, sie befragte diesen von selbst über den Fall; aber der alte Schäferle, der wußte, wem es galt, behauptete, nicht helfen zu können, bevor der Mann selber zu ihm käme. Diethelm aber wollte sich nicht dazu verstehen, und wenn ihn seine Frau über seine unruhigen Nächte ausfragte, redete er ihr ein, das viele Geld im Hause mache ihm bange; er durfte ihr ja nicht sagen, wie nicht die Sicherung seines Geldes, sondern die Wahrung seines Geheimnisses ihn oft in der Nacht aufschreckte, und wie es ihm oft war, als hörte er Peitschenknallen, Wagenrasseln, und als kämen plötzlich die Häscher, um ihn aufs neue einzufangen. Jedesmal in der Nacht, wenn der Eilwagen durch das Dorf fuhr, erwachte er; er hoffte, wieder Ruhe zu finden, wenn er aus dem lärmenden Dorfe weg sei und wieder auf seinem stillen Berge wohnte.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

An der Hochzeit des jungen Kübler mit der Bruderstochter Diethelms, die dieser reichlich ausstattete, zeigte sich, was die berittene Mannschaft zweier Dörfer verprassen kann, und noch dazu, wenn es auf fremde Kosten geht; dem Diethelm war nichts zu viel, und er ermunterte nach jeglichen zu Essen und Trinken. Das Faß Uhlbacher wurde richtig ausgetrunken, und Diethelm, dem der Arzt seinen Leibwein verboten hatte, machte heute eine Ausnahme und half wacker mit, denn er verband mit diesem Tage noch ein zweites Fest.

Seit acht Tagen war Munde vom Militär heimgekehrt, er war frei und hatte nur noch drei Jahre die gewöhnlichen Herbstübungen mitzumachen. Da Diethelm Schultheiß geworden war, mußte ihm Munde seinen Urlaubspaß übergeben; er wartete ab, bis Diethelm mit dem Gemeinderat auf dem Rathaus war, übergab dort das Schriftliche, ohne aufzuschauen, und nannte ihn stets „Herr Schultheiß". Diethelm hielt gerade ein Ausschreiben vom

Die Gewerkschaften und das Taylorsystem.

In einer großangelegten und außerordentlich bedeutungsvollen Artikelreihe erörtert das Korrespondenzblatt der Generalkommission die Fragen des gewerkschaftlichen Wiederaufbaues nach dem Kriege. In dem jüngsten dieser Aufsätze nimmt das zentrale Organ der Gewerkschaften Stellung zu der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die Gewerkschaften im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie für eine Steigerung der Arbeitsleistung mitwirken können. Diesem Zweck soll bekanntlich das sogenannte Taylorsystem dienen, die „wissenschaftliche Betriebsführung", die im Laufe der letzten Jahre so viel erörtert und so verschiedenartig ausgebaut worden ist, daß sie keineswegs mehr als einheitlicher Gedankenbau erscheint.

Die erste Art des Taylorsystems umfaßt Maßnahmen, die den Arbeiter zu höherer Arbeitsleistung antreiben sollen. Mit der Stoppuhr wird jeder Arbeitsvorgang bei einem der gewandtesten Arbeiter gemessen und schriftlich festgehalten, die Maschinengeschwindigkeit aufs höchste gesteigert, jede kleinste Pause ausgeschaltet, die Musterkraft bis zur Höchstleistung beansprucht und danach der Lohn bemessen. Was ein solcher Musterarbeiter in einer kurzen Zeitspanne zu leisten vermochte, wird dann als Arbeitspensum für die übrigen Arbeiter festgesetzt. Diese primitiv-wissenschaftliche Betriebsführung ist nichts anderes als Arbeitsverdichtung durch Antreiberei zum Nutzen des Unternehmers und auf Kosten des Arbeiters. Ein solches Arbeitssystem untergräbt die Gesundheit der Arbeiter und ist unter allen Umständen abzulehnen.

Eine zweite Gruppe von Maßnahmen befaßt sich mit der Feststellung der Arbeitseignung der Arbeiter, indem diese nach ihren Eigenschaften und Fähigkeiten sorgfältig geprüft und ausgewählt bezw. verteilt werden. Der Grundsatz, den richtigen Mann an den richtigen Platz zu bringen, ist an sich gewiß zu billigen; er setzt aber voraus, daß die Ausbildung der Arbeitskräfte mehr als bisher darauf eingestellt wird, alle vorhandenen Eigenschaften und Fähigkeiten zur vollen Entwicklung zu bringen. Das muß aber in der Jugend des Arbeiters geschehen. Gegenüber dem älteren Arbeiter würde das zu mancherlei Härten führen. In der Tat muß bei solcher Auswahl befürchtet werden, daß ein nicht geringer Teil der Arbeiterschaft wegen Minderleistungen ausscheiden würde. Deshalb können wir solche Maßnahmen nur bei der Ausbildung jüngerer Arbeitskräfte billigen und nur unter Mitkontrolle der Gewerkschaften zulassen.

Eine dritte Gruppe von Maßnahmen gilt der Reorganisation des Arbeitsprozesses, der Verbesserung der Maschinen und Werkzeuge, der Zuführung der Arbeitsmaterialien bis zum Arbeitsplatz und deren handgerechter Lagerung, der Ausschaltung von Arbeitsstörungen und unnützer Kräftevergeudungen, der Vereinfachung der Erzeugung durch Einführung von Normalien und Typen, sowie der konsequenten Durchführung der Arbeitsteilung und der Mechanisierung des Arbeitsprozesses. Von diesen Maßnahmen könnte vieles die Zustimmung der Arbeiterschaft finden, sofern die Durchführung nicht einseitig zum Vorteil des Unternehmers und zum Nachteil des Arbeiters geschieht. Das hatte gewiß auch Genosse Dr. Leipart im Sinn, wenn er in einer Betrachtung über die Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften (Nr. 42 der „Glocke") schrieb: „Wenn die Steigerung der Warenerzeugung und der Arbeitsleistung aber auf Kosten der Gesundheit des Arbeiters geschehen soll, kämpfen die Gewerkschaften gewiß nicht zu unterschreiben."

Die Gewerkschaften verschließen sich also keineswegs der Einsicht, daß eine Steigerung der Ergiebigkeit der Produktion angesichts der kommenden Kämpfe um die Absatzmärkte unserer Industrie unbedingt erforderlich ist. Sie können aber nur dann von der Arbeiterschaft freudig unterstützt werden, wenn sie weder auf Kosten der Arbeitergesundheit, noch der Lebenshaltung geschieht.

Wirtschaftsstaat und Genossenschaften

Ueber die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates wird gegenwärtig ein erbitterter Meinungskampf ausgefochten. Während die Vertreter der freien Wirtschaft dem Staate die Fähigkeit und den Beruf absprechen, sich im Gebiete des Wirtschaftslebens zu betätigen, behaupten die Anhänger der Gemeinwirtschaft, daß der Staat sehr wohl dazu berufen und auch befähigt sei, wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Während erstere darum folgerichtig fordern, daß der Staat die ihm durch den Krieg aufgezwungene wirtschaftliche Tätigkeit möglichst bald aufgeben und der freien Privatwirtschaft das Feld räumen müsse, fordern letztere mit allem Nachdruck, daß er auch in der Uebergangszeit und in der künftigen Friedenszeit nicht nur seine wirtschaftliche Tätigkeit fortsetzen, sondern sich noch mehr als bisher wirtschaftlich betätigen müsse. Dieser Meinungskampf ist bislang noch nicht entschieden, er schwankt noch immer hin und her, und er wird sich vielleicht auch niemals grundsätzlich entscheiden lassen, weil hier nicht nur mit mehr oder minder durchschlagenden Gründen gekämpft wird, sondern, weil hinter den Gründen wirtschaftliche und politische Interessen stehen. Es handelt sich hier eben um das Interesse des privaten Kapitals und die damit verbundene Erwerbstätigkeit auf der einen Seite und um das Interesse des Staates und der Gesamtheit der Bürger auf der anderen Seite. Erst die Praxis wird die Entscheidung darüber treffen, welches System dem Gemeinwohle förderlicher ist, und **zweifellos wird sich die Wagschale zugunsten der Gemeinwirtschaft neigen.**

Einer der hervorragendsten und sachkundigsten Vorkämpfer für den Gedanken des Wirtschaftsstaates ist der Wiener Volkswirtschafter und Soziologe Rudolf Goldscheid, der in seinem Buche „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus" (erschienen im Anzengruber-Verlag, Wien-Leipzig) diese Frage eingehend und mit guten Gründen behandelt. Er gelangt auf Grund seiner tief greifenden Ausführungen zu dem Ergebnis, daß der moderne Staat ein Wirtschaftsstaat werden müsse, da er auf diese Weise sich aus der Schuldknechtschaft des Kapitals befreien könne, in die er durch den Krieg geraten sei. Der Staat müsse das Recht haben, auf dem Wege käuflicher Zwangsenteignung die ihm geeignet erscheinenden Betriebe zu erwerben, um die daraus sich ergebenden Ueberschüsse der Allgemeinheit dienstbar zu machen. Auf diese Weise werde es ihm möglich sein, das private Kapital zu hindern, sich die Masse der Verbraucher und der Besitzlosen tributpflichtig zu machen.

Bezeichnenderweise fordert Goldscheid, daß dieses Recht sich nicht auf jene Unternehmungen erstrecken dürfe, deren Leistungen qualitativ höher seien als die des Staates. **„Ganz besonders gilt dies"**, so schreibt er, **„für alle Organisationen genossenschaftlicher Art**, die sich in der Gegenwart als ein so außerordentlich segensreiches Zwischenglied zwischen Staat und Privatwirtschaft eingeschoben haben. In ihnen stehen uns Unternehmungsformen gegenüber, die nicht von den Gefahren bedroht werden, denen innerhalb des Bestehenden die Staatswirtschaft noch ausgesetzt ist und die ebenso nicht zu den Auswüchsen führen müssen, die die heutige Privatwirtschaft allenthalben zeitigt. Die Konkurrenz mit diesen freien Erwerbs- und Selbstversorgungsgenossenschaften aufzunehmen, ist der Staat, schon der Besonderheit ihrer Zwecke wegen, nicht in der Lage, und er hat auch kein Interesse, es zu tun. Ganz im Gegenteil! Aber freilich nur der nicht an das Privatkapital verschuldete und versklavte Staat wird die Tendenz haben, die Ausbreitung dieser **modernsten und entwicklungsfähigsten Wirtschaftsformen** zu fördern. Der über und über verschuldete Staat unserer Tage hingegen wird, von seiner finanziellen Notlage gedrängt, auch sie mit immer drückenderen Steuerlasten beschweren müssen und sie hierdurch zwingen, sich ihrerseits in immer größerem Umfange an das syndizierte Finanzkapital zu verschulden, bis sie schließlich völlig in dessen Abhängigkeit geraten."

Abgesehen davon, daß die im Schlußsatze heraufbeschworene Gefahr wohl weniger zu fürchten ist, weil die Genossenschaften sich auf die kleinen Ersparnisse ihrer Millionen Mitglieder gründen, hat Goldscheid darin Recht, wenn er fordert, daß auch der am weitesten entwickelte Wirtschaftsstaat vor den genossenschaftlichen Organisationen Halt machen müsse. In der Tat sind die auf der Freiwilligkeit beruhenden Genossenschaften eine höhere Wirtschaftsform, als sie der Staat hervorzubringen vermag, und ihre Leistungen im Gebiete des wirtschaftlichen Lebens sind derart, daß die Genossenschaftsarbeit von Staats wegen gefördert, nicht unterbunden werden muß. Schon während des Krieges war es ein verhängnisvoller Fehler unserer staatlichen Zwangswirtschaft, die Genossenschaften ganz oder teilweise auszuschalten, anstatt sie zur Mitarbeit heranzuziehen, und nach dem Kriege wird es erst recht notwendig sein, dem Genossenschaftswesen jedwede Förderung angedeihen zu lassen. Der Staatssozialismus macht die genossenschaftliche Tätigkeit nicht überflüssig, im Gegenteil, er bedarf des Genossenschaftssozialismus als einer unentbehrlichen Ergänzung. Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftssozialismus — dieses leuchtende Dreigestirn wird die Menschheit aus den Klauen des Privatkapitals befreien.

Gewerkschaftsbewegung.

Das erste Hunderttausend weiblicher Mitglieder in der Metallindustrie. Die gewaltige Zunahme der Frauenarbeit in der gesamten Rüstungsindustrie hat bekanntlich zu einer erfreulichen Steigerung der organisierten Arbeiterinnen in den Gewerkschaften geführt. An der Spitze dieser Entwicklung stehen die Organisationen der Metallindustrie.

Nach den Veröffentlichungen im Reichsarbeitsblatt wurden in diesen Verbänden am Schlusse des ersten Vierteljahres 1918 gezählt:

	Gesamtmitglieder	darunter weibliche
Deutscher Metallarbeiterverband	422 958	91 108
Maschinisten und Heizer	9 375	64
Kupferschmiede	3 782	—
Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter	47 697	1 167
Christlicher Metallarbeiterverband	72 635	7 808
zusammen	556 447	100 147

Neben der weiteren erfreulichen Entwicklung der organisierten Metallarbeiter überhaupt, zeigen diese Zahlen, daß in der Zeit vom März zum April 1918 in der Metallindustrie das erste Hunderttausend weiblicher Mitglieder überschritten wurde. Wenn auch im Hinblick auf die große Zahl der in der Kriegsindustrie beschäftigten Frauen noch vieles auf diesem Gebiete zu tun ist, so ist doch das Ergebnis außerordentlich erfreulich, weil es erkennen läßt, daß eine Reihe von Schwierigkeiten, die der Organisierung der Frau gegenüberstehen, erfolgreich in Angriff genommen sind und naturgemäß in der Folge nach und nach überwunden werden können.

Drohende schwere Arbeitskämpfe in Schweden. In den nordschwedischen Bergwerken ist ein Konflikt von bedeutender Tragweite ausgebrochen. Die Bergarbeiter verlangen Lohnerhöhungen und achtstündigen Arbeitstag. An der Bewegung sind über 3000 Mann beteiligt. Auch in der schwedischen Bauindustrie ist die Lage ernst, da die bisherigen, in verschiedenen Städten des Landes geführten Verhandlungen kein Resultat gezeitigt haben. Man rechnet deshalb auch mit einem großen Bauarbeiterstreik.

Aus dem Gerichtssaal.

102 500 Mark Geldstrafe. Zu einer ungewöhnlich hohen Strafe verurteilte am Sonnabend die Erste Strafkammer des Landgerichts I Berlin den Kaufmann Max R. Er war beschuldigt, in der Zeit vom Juli 1916 bis Februar 1917 in 49 Fällen die Verordnung über den Handel mit Web-, Wirk- und Strickwaren dadurch verletzt zu haben, daß er die Waren an Firmen verkaufte, mit denen er nicht bereits vor dem 1. Mai 1916 in dauernder Verbindung gestanden hat. Außerdem wurde ihm der unbefugte Verkauf beschlagnahmter Web-, Wirk- und Strickwaren zur Last gelegt. Das Gericht verurteilte ihn zu 102 500 Mark Geldstrafe.

180 000 Mark Geldstrafe. Vor der Strafkammer in Augsburg wurde ein großer Schmugglerprozeß gegen 27 Personen verhandelt. Hauptangeklagter war der Fahrradhändler Gasser aus Kufstein. Das Urteil lautete gegen Gasser auf 81 580 Mark Geldstrafe; zwei weitere Angeklagte wurden zu 33 359 beziehungsweise 34 417 Mark Geldstrafe verurteilt. Insgesamt erkannte das Gericht auf mehr als 180 000 Mark Geldstrafe.

Der kranke Graf. Graf Ignaz Mielzynski auf Jwno, der vor kurzem zur Verbüßung der gegen ihn wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnungen über die Getreideablieferung erkannten Gefängnisstrafe verhaftet wurde, ist mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand wieder aus der Haft entlassen worden.

Mehlgeheimschlachtungen. Wegen umfangreicher Geheimschlachtungen, unerlaubten Handels mit Mehl usw. standen in Aachen vor der Strafkammer 19 Personen zur Aburteilung. Die Kriminalpolizei hatte Wind davon bekommen, daß in einer Scheune in Krummerück umfangreiche Geheimschlachtungen vor sich gingen. Es gelang auch, die Täter auf frischer Tat zu ertappen. In der Nacht zum 28. November 1917 wurden drei Personen beim Abschlachten einer Kuh gefaßt. Die Scheune war zu einer regelrechten Schlächterei eingerichtet. In welchem Maßstab die Abschlachtungen betrieben wurden, zeigt das Ergebnis der Untersuchung, wonach 50 bis 60 Schweine und 15 Stück Großvieh (Stiere, Kühe, Rinder) dortselbst abgeschlachtet worden waren. Ferner kam heraus, daß einige der Beteiligten noch außerdem umfangreiche Geheimschlachtungen vorgenommen hatten, unter anderm direkt bei den Landwirten, wo sie das Vieh kauften. Das Fleisch wurde an Privatpersonen, zumeist aber an einen mitangeklagten Hotelbesitzer zum Preise von 3,50 Mk. bis 5,50 Mk. das Pfund verkauft. Wie ergiebig das Geschäft war, geht daraus hervor, daß zwei der Angeklagten ihren Gewinn selbst auf je 10 000 Mk. angaben. Es wurden Gefängnisstrafen von drei bis zu einem Monat und Geldstrafen von 5000 Mk. bis 200 Mk. verhängt.

Wegen Spionageversuchs ist nach einer Wolff-Meldung durch Urteil des Reichsgerichts der Schweizer Staatsangehörige Mechaniker Fritz Wüthrich zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Wüthrich war durch einen englischen Agenten in der Schweiz gedungen worden, bei Flugzeugwerken Arbeit zu suchen, Truppentransporte auszuspähen und über solche in einer verabredeten Ziffern- und Zeichensprache zu berichten, gleichzeitig auch in den Flugzeugwerken Sabotage zu verüben. Anfang dieses Jahres reiste er unter falschem Namen ein, wurde aber alsbald festgenommen.

Aus Nah und Fern.

Ein großer Einbruch wurde während der Pfingstfeiertage bei dem Juwelier Sedlatzek in der Leipziger Straße in Berlin verübt. Die Einbrecher stahlen Hunderte von Uhren aller Art und ungezählte Ringe, Ohrringe, Vorstecknadeln und anderes mehr. Der Bestohlene, der nicht versichert ist, erleidet nach den bisherigen Feststellungen einen Schaden von 224 000 Mark.

Die Schiffsunfälle auf dem Wannsee, über die von uns bereits kurz berichtet wurde, haben sich glücklicherweise als stark übertrieben herausgestellt. Wir entnehmen einem ausführlichen Bericht des „Berl. Lok.-Anz." folgendes: „Am Pfingstsonntag abends gegen 8 Uhr platzte auf dem dichtbesetzten Sterndampfer „Vineta", der soeben die Fahrt vom Schwedischen Pavillon zur Haltestelle Bahnhof Wannsee angetreten hatte, an der Maschine ein Wasserstandsglas. Der Kapitän ließ sofort stoppen und der Maschinist öffnete die Dampfhähne. Der mit lautem Zischen abströmende Dampf hüllte den Dampfer ein. Dieser an sich nicht gefährliche Vorgang veranlaßte unter den Fahrgästen ungeheure Aufregung. Alles drängte laut schreiend nach den Bordwänden, und das inzwischen vom Kapitän abgegebene Notsignal vermehrte die Aufregung. Nur dem beherzten Eingreifen mehrerer Herren gelang es, Unbesonnene vom Ueberbordspringen abzuhalten. Es gelang dann, den Dampfer langsam an die Haltestelle zu steuern, worauf alle Fahrgäste unbeschädigt den Dampfer verlassen konnten. — Der zweite Schiffsunfall betrifft das Motorboot „Lindwerder" der Firma Märkischer Lloyd, der den Verkehr Kladow—Beelitzhof besorgt. Das Boot war Montagabend gegen 9 Uhr von Kladow vollbesetzt nach Beelitzhof gekommen, und hatte seine gesamten Fahrgäste abgesetzt. Beim Verlassen des Bootes soll angeblich ein junger Mann ein brennendes Streichholz weggeworfen haben, das in den Maschinenraum gefallen sein kann. Das Boot wollte nach Kladow zurückkehren, und infolge der späten Abendstunde stieg nur eine Dame als Fahrgast an Bord. Als das Boot die Fahrt angetreten und sich etwa 500 Meter vom Lande entfernt hatte, brach im Motor plötzlich Feuer aus, und helle Flammen schlugen empor. Der in der Nähe weilende Motorbootbesitzer Kagel eilte sofort mit seinem Boot dem brennenden Personenboot zu Hilfe und übernahm die aus vier Personen bestehende Besatzung. Das verunglückte Schiff wurde in Schlepptau genommen und das Feuer dann am Strande mittels Feuerlöschapparates gelöscht.

Zur Ehrenrettung eines Unglücklichen. Am 1. März brachten wir aus anderen Blättern eine Notiz, nach der sich der langjährige Direktor der Soldiner Genossenschaftsmolkerei, Doormann, großer Butter- und Käseschiebungen schuldig gemacht haben sollte. Nach seiner Vernehmung verübte er Selbstmord. Wie wir nun der „Molkereizeitung" entnehmen, sind die gegen Doormann erhobenen Anschuldigungen unzutreffend. Die Molkerei-Akt.-Ges. in Lippehne — bei der D. tätig war — schreibt der genannten Zeitung: „Die Feststellungen des Vorstandes und die Bücherrevisionen haben ergeben, daß die Abrechnungen auf Heller und Pfennig stimmten, so daß man im allgemeinen bedauerte, gleich so schroff gegen den Direktor vorgegangen zu sein. Man hatte von vornherein die Absicht, denselben wieder in die Dienste der Genossenschaftsmolkerei einzustellen, wenn Doormann nicht selbst seinem Leben ein Ziel gesetzt hätte, was eigentlich voreilig und aus übertriebenem Ehrgefühl, weil man ihn seiner Stellung enthoben hatte, geschehen ist."

Nach dieser Sachlage muß man allerdings das Vorgehen des Vorstandes auf das schärfste verurteilen. Man muß sich doch erst überzeugen, bevor man derartige schwere Anschuldigungen gegen einen langjährigen Angestellten erhebt und diesen dadurch zu einem Verzweiflungsschritt veranlaßt.

Erschossener Einbrecher. In Chemnitz wurde beim Einbruch in ein Herrenkleidergeschäft der 26 Jahre alte Schneider Willi Fritsche, der auf die ihn verfolgenden Schutzleute Revolverschüsse abgab, von einem Polizeiwachtmeister erschossen. Der Wachtmeister war selber schwer getroffen worden und mußte ins städtische Krankenhaus gebracht werden.

32 000 Mark für zwei Arbeitspferde. Die Preise für Pferde haben eine noch nie dagewesene Höhe erreicht. Kürzlich wurden in Berlin für zwei schwere Pferde von einer Brauerei 32 000 Mk. gezahlt. Dafür kann man sich heute auch ein Landhaus kaufen. Für ein Füllen wurden 1500 Mk. gezahlt. Wohin soll das noch führen?

Ein sonderbarer Vorfall. Vor kurzer Zeit kam, wie aus Prag berichtet wird, dort der an der Front stehende Sparkassenbeamte Ignaz Faltinek auf Urlaub nach Hause. Er wollte seine Frau überraschen und traf in später Nachtzeit in seiner Wohnung ein. Trotzdem noch Licht in der Wohnung brannte und er im Zimmer sprechen hörte, wurde auf sein Klopfen nicht geöffnet. Er hörte aber eine Männerstimme und sah durch die Glastür einen fremden Mann. Der Gatte hielt sich nun für betrogen, gab, um Rache zu üben, zwei Schüsse durch die Glastür ab und entfloh. Später stellte es sich heraus, daß in die Wohnung ein fremdes Ehepaar eingezogen war, nachdem Frau Faltinek schon vor mehreren Wochen die Wohnung gewechselt hatte. Durch die Schüsse wurde die Frau am Arm verwundet. Faltinek wurde in Haft genommen. — Daß der Mann von dem Wohnungswechsel gar nichts erfahren haben sollte, ist sonderbar.

Ein Riesenbrand vernichtete in Goldingen in Kurland 60 bis 70 Häuser. Erst nach zwölf Stunden konnten die vereinigten Feuerwehren des Feuers Herr werden.

Erdbeben in Chile. Die „Times" erfährt aus Valparaiso: Starke Erdbeben haben am Sonntag in La Serena eine Menge großer Gebäude zerstört. Man sagt, daß viele Menschen ums Leben gekommen sind. Das Erdbeben dehnte sich auf große Entfernungen aus. Auch in Valparaiso und Santiago de Chile wurden die Stöße verspürt. — La Serena ist eine chilenische Hafenstadt, etwa 350 Kilometer nördlich von Valparaiso.

Amte in der Hand, die Munde einmal und sprach. Von heftigem Schreck erfaßt, starrte er eine Weile hinein in das Papier, auf dem die Buchstaben seltsam ineinander krochen. Der Klang der Bruderstimme hatte Dietheim mächtig erschüttert. Die Einbildungskraft kann sich zu Leid und Freud das ganze Wesen und Gehaben eines Verstorbenen in die lebendige Erinnerung rufen, eines aber vermag sie nicht aus sich zu erwecken: es ist der Klang der Stimme des Abgeschiedenen, nur ein Ton kann solch ein wach. Und wie jetzt Dietheim die Bruderstimme hörte, drang sie ihm ins Herz, so daß plötzlich alles Verborgene und gewaltsam Zurückgedrängte von ihm kam.

Dietheim faßte sich und sprach endlich, das Papier niederlegend und sich zurücklehnend: „Was willst du jetzt anfangen, Munde?"

„Ich werd' schon sehen," murmelte Munde und grüßte soldatenmäßig.

Dietheim aber rief ihm noch nach: „Komm zu mir ins Waldhorn, Munde, ich hab' dir was Gutes zu sagen."

„Das Geldsondre mir, du gibst ihm dein Jröns," sagte der Schmied hinter dem Weggegangenen. „Ich haben ich von je gern gehabt, und es schickt sich grad für dich, einem, der nichts hat, deine Tochter zu geben, und einen braveren und schöneren Tochtermann kannst du nicht kriegen."

Dietheim schwieg und nahm die Gemeindeverhandlungen wieder auf. Am Abende erzählte er seiner Frau, daß er den Munde herbeigerufen habe, und es ist wohl möglich, daß er seinen Vorsatz ausführe und ihm die Jröns gebe. Martha war glückselig mit diesem Vorhaben und sagte, daß dann gewiß wieder alles gut werde und daß auch die Seele des verstorbenen Medard Ruhe haben werde, wenn sein letzter Wunsch erfüllt sei. Dietheim nickte zufrieden, aber drei Tage lang ließ sich Munde nicht sehen, und Dietheim war voll Zorn gegen ihn und verbot Frau und Tochter, ein Wort „mit dem Bettelbuben" zu reden. Zu sich aber überdachte er, daß es wohl klüger sei, dem Munde die Jröns nicht zu geben, die Verbrennung konnte leicht verdächtig erscheinen und als Gewissensangst gedeutet werden; demnach mußte ihn der Gedanke einer Sühne in Erfüllung des Versprechens gegen den Toten tröstlich an. „Dann ist ja nichts geschehen," sagte er sich, „als ein paar Jahre verklärt, und das käme sich der Medard gern gefallen lassen für das, was seinem Bruder widerfahren, er hat ihn ja immer so gern gehabt." Ueberdem war es Dietheim unerträglich, daß noch irgendein Mensch mehr dem alterstümmelnden Mann an seine Schuld glaubte. Solange noch ein solcher Mensch auf der Welt lebte, meinte er keine Ruhe zu finden.

Fortsetzung folgt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.,
Sämtlich in Lübeck.